

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

218 (20.9.1932)

Volkstreu



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE TITELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelbten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restzeit-Millimeterzeile 60 Pfennig. Die Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Abrechnung des Zeitraumes, bei geschäftlicher Betreuung und bei Konturen außer Kraft tritt. Erklärungen und Geschäftsbedingungen im Anhang. L. 2. o. Schrift des Verlegers-Veranstalters 4 Uhr vormittags

Antere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark. Einmalig 2,00 Mark. Druck der Post 2,30 Mark. Anzeigenpreis 10 Pfennig. Geschäftsstelle: Karlsruher Straße 11. Telefon 2650. Karlsruher o. Geschäftsstelle: Karlsruher Straße 11. Telefon 2650. Karlsruher o. Geschäftsstelle: Karlsruher Straße 11. Telefon 2650. Karlsruher o. Geschäftsstelle: Karlsruher Straße 11. Telefon 2650.

Nummer 218 Karlsruhe, Dienstag, den 20. September 1932 52. Jahrgang

Außenpolitisches Fiasko

Das Echo der englischen Antwort zur deutschen Gleichberechtigungsforderung

So sehr prinzipiell Deutschlands Gleichberechtigungsforderungen berechtigt sind, so wenig glücklich muß zweifellos der Moment bezeichnet werden, in dem Deutschland speziell seine Forderungen auf militärische Gleichberechtigung in den Vordergrund schiebt; besonders aber vor allem deshalb, weil die auswärtigen Mächte daraus weniger den Gedanken auf Herbeiführung der allgemeinen Abrüstung als vielmehr auf Aufrüstung Deutschlands herauslesen. Das gestern kurz mitgeteilte englische Memorandum betrachtet daher, wie es ausdrücklich hervorhebt, „in Hinblick auf die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz, auf die großen Zusammenhänge in der Reparationsfrage und auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedürfnisse es als unglücklich, unangelegentlich und unklug, daß Deutschland seine Forderungen jetzt erheben hat und erbittet darin erhebliche Nachteile, besonders da, wie das englische Memorandum weiter erklärt, „rechtlich die Lage so sei, daß der Teil 5 des Versailler Vertrags noch verbindlich sei und die Wirkung nur durch allgemeine Uebereinkunft verlieren könne“; so daß Deutschlands diesbezügliche „Forderungen nicht berechtigt“ seien.

Die deutsche Regierung ist annehmend vor dieser englischen Antwort äußerst überrascht worden, denn sie hat mit diesen Hoffnungen auf England wieder einmal einen Reifeffekt erlitten, wie es sich schon in früheren Zeiten — wir erinnern an die Hoffnungen auf England — in schon öfters vorgekommen ist. Wie eine annehmend halb offiziell klingende Meldung des Contingents berichtet, sieht man in Berliner Kreisen in der englischen Denkschrift eine gewisse Schwelung, denn man hätte erwartet, daß diese Äußerungen einen mehr vermittelnden Ton erwarten können und eine Haltung, die mehr positiv dem deutschen Standpunkt zuneigen würde.

Was die öffentliche Meinung Englands selbst betrifft, so brühen die Londoner Blätter die Hoffnung aus, daß das englische Memorandum trotz allem helfen wird, die deutschen Delegationen auf Abrüstungskonferenzen zurückzuführen; denn in allen englischen Äußerungen kommt die große Sorge vor einem Scheitern der Genfer Verhandlungen zum Ausdruck.

Die Times erklärt in einem Leitartikel, die praktische Frage, über die die nichtdeutschen Mächte eine Entscheidung zu fällen haben werden, ist, ob ein Solches aufrechterhalten bleiben soll oder nicht, und Deutschland und den anderen besiegten Staaten eine grundlegende Unterschiedsbehandlung zuteil werden läßt. In England wird so gut wie jedermann der Ansicht sein — und die britische Regierung ist dieser Ansicht, — daß der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung der Rechtsstellung im wesentlichen auf Begründet ist. Die diplomatische Initiative darf nicht in den Händen Deutschlands bleiben. Die anderen Regierungen sollten sich sobald wie möglich darüber klar werden, was sie zu tun abedenken, wenn Deutschland aufrufen sollte, aber sie müßten auch erwägen, welche Gegenstände sie zu machen bereit sind, falls die Abrüstungskonvention nicht allen Regierungen dieselben Grenzen und Verbote auferlegt. Es ist unumkehrbar ein Grund zur Erbitterung für eine souveräne Nation, fährt Times fort, daß ihr nun erlaubt ist, beispielsweise ein einziges schweres Geschütz oder einen einzigen kleinen Tank zu bauen. Es ist nicht möglich, Deutschland jetzt zu erklären, daß ihm Beschränkungen, die nicht innerhalb einer bestimmten Periode allen Mächten durch die Abrüstungskonvention auferlegt werden, ebenfalls ihm nicht auferlegt sein sollen? Der liberale News Chronicle führt aus: Die britische Regierung fordert Deutschland mit Recht auf, zur Konferenz zurückzukehren. Aber um diesen Aufruf wirksamer zu machen, um es den deutschen Verantwortlichen Staatsmännern überhaupt zu ermöglichen, darauf zu hören, müßten ihnen jedoch Garantien dafür gegeben werden, daß es die Mächte und besonders Frankreich jetzt nicht nehmen und daß Deutschland bei seiner Rückkehr sicher sein werde, daß eine wirkliche, beträchtliche Rüstungsverminderung stattfinden wird.

Das Arbeiterblatt Daily Herald sagt, die deutsche Delegation habe während der bisherigen Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wiederholt, aber vergeblich versucht, die wichtigsten Fragen aufzurollen. Es sei vielleicht bedauerlich, aber mindestens zu wünschen, daß die deutsche Regierung schließlich die Gebuld verliere habe.

In Frankreich würdigt man den Beistand Englands, wenn man sich dem wünscht hätte, daß England noch stärker den französischen Standpunkt unterstreicht. Der sozialistische Populaire will volle Übereinstimmung zwischen Paris und London feststellen. Aber die politische Formel sei noch weniger als die französische geeignet, die man dem negativen Ergebnis der Genfer Session enttäuschten Massen zu beschreiben. Die erste Tat müßte die Annahme des Hooverplans sein.

Weiterhin erklärt der Populaire England erteilte der Regierung der Barone eine sehr nützliche Aktion und machte jede Hoffnung auf deutschen Diplomatie zu nichts, aus einer Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich Nutzen zu ziehen. Der Temps schreibt, wenn sich das deutsche Volk über die ganze Realität der Sachlage abgelegt habe, vor die es das englische Memorandum stellt, werde es sich vielleicht fragen, wie das Kabinett von Brünn — von Schleicher es mit einer derartigen Leichtgläubigkeit und Unvorsichtigkeit in eine diplomatische Sackgasse führen können.

In den Berliner Blättern wird zu der englischen Abrüstungsdenkschrift ausführlich Stellung genommen. Die Germania führt aus, wenn die englische Regierung glaubt, daß mit dieser Methode an den Genfer Konferenzen zurückzuführen können, so täuscht sie sich über die Ernsthaftigkeit des deutschen

Gleichberechtigungswillens und der Distanzerklärung der soeben die Tat gefolgt ist. Der Komromißvorbehalt, den man von englischer Seite erwartete, stellt sich in Wahrheit als eine volle Unterstützung des französischen Standpunktes dar.

Die Deutsche Tageszeitung nennt die deutsche Gleichberechtigungsforderung, soweit sie eine Zustimmung Frankreichs und Englands zu den deutschen Absichten herbeiführen sollte, zunächst gescheitert. Es müßte ausgeschlossen sein, daß wir uns durch eine Note, die Härte und Logik vermischen läßt, an unserem historischen Kampf zur Gleichberechtigung hindern müßten, dessen Berechtigung selbst in der englischen Note zugegeben werde. Die Regierung müßte diesen Einmüchtigungsverzicht mit Würde und Festigkeit benehmen.

Das Berliner Tageblatt unterstreicht seinen Standpunkt, daß es hinter der Reichsregierung steht, wenn sie die Anerkennung einer Gleichberechtigung und eine wirklich effektive allgemeine Abrüstung verlangt. Mit dem tatsächlichen Vorhaben des Reichskabinetts Papen habe das Blatt sich nicht zu befremden vermocht. Es warnt vor der Hoffnung auf englisch-französische Gegenätze.

Die Vossische Zeitung betont, daß die akademische Anerkennung des deutschen Anspruchs auf Rüstungsgleichheit wenig bedeute, noch dazu, wenn sie in so verkäuflicher Form zugestanden werde. Deutschland wolle für sich keine Aufzählung, aber es dürfe verlangen, daß mit der Abrüstung der anderen angeschlossen werde.

Der Vorwärts macht der Reichsregierung den Vorwurf, daß sie sich in eine Isolierung gebracht habe. Die englische Note überziehe aus politischen Gründen absichtlich, daß der französische Militarismus an den neu erwachten Ansprüchen seines deutschen Verbündeten Schuld trage. Für Deutschland schwinde jede Hoffnung, im Streit um die Rüstungen England gegen Frankreich auszuspielen.

Das englische Memorandum, das die britische Regierung hinsichtlich der deutschen Forderungen auf militärische Gleichberechtigung hat überreichen lassen

Henderson widerlegt deutsche Absage

Die bedrohte Abrüstung

Genf, 19. Sept. (Eig. Draht). Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Arthur Henderson, hat am Montag auf die Absagen Deutschlands an die Abrüstungskonferenz eine schriftliche Antwort erteilt, die auch den übrigen im Büro der Abrüstungskonferenz vertretenen Mächten zugeht.

Henderson bedauert Deutschlands Absage und widerlegt deren Begründung, daß anlässlich bereits in der Vertragsschlussung vom 23. Juli ein weit hinter den Bestimmungen des Versailler Vertrags zurückbleibendes Konferenzergebnis feststehe. Er verweist dann auf die Forderung der Entschlossenheit, wonach eine allgemeine fähige Abrüstung grundsätzlich beschlossen sei für die erste Etappe, ohne weitgehende Abmachungen in späteren Etappen auszuschließen. Außerdem lasse die Entschlossenheit ausdrücklich den Weg offen für noch stärkere Abrüstungsvereinbarungen im zweiten Teil dieser Konferenz, sowie für alle politischen Anträge. Darüber hinaus erinnerte Henderson an seine Schlussrede vor der Abstimmung am 23. Juli, in der er eine große Ernte aus den monatelangen Vorbereitungen vorausgesagt und erklärt habe, daß er den Vorfuß niedergelegt hätte, wenn er nicht vom Kommen dieser Ernte überzeugt wäre. Er sei auch sicher, daß alle, die für die Entschlossenheit gestimmt hätten, nach Genf zurückkehren mit der festen Entschlossenheit, alles für eine gute Ernte und das Zustandekommen einer allgemeinen Konvention zur fähigen Herabsetzung aller Rüstungen in der Welt zu tun. Dies sei heute noch keine tiefe und aufrichtige Überzeugung. Er hoffe erst, daß Deutschland seine Entschlossenheit nochmals an Hand dieser Überlegungen prüfen und von neuem lobt, als möglich an den Arbeiten des Büros teilnehmen werde. Dies um so mehr, als ein längeres Fernbleiben Deutschlands die allgemeine Abrüstung schwer bedrohen könne.

Sozialistischer Wahlsieg in Schweden

Minderheitsregierung Hamerin zurückgetreten

Stockholm, 19. Sept. (Eig. Draht). Die schwedische Minderheitsregierung Hamerin hat bereits am Montag aus dem Ergebnis der schwedischen Reichstagswahlen die Konsequenzen gezogen: Sie ist zurückgetreten. Der König hat die Demission angenommen und sofort Besprechungen zur Bildung einer neuen Regierung einberufen. Am Montag wurde zunächst der sozialdemokratische Abgeordnete Hanlon empfangen. Die Neubildung der Regierung dürfte noch im Laufe der Woche abgeschlossen werden.

Die Harzburger

Weimar, 19. Sept. Das gegenwärtige Verhältnis zwischen den Harzburgern, also Nationalsozialisten und Deutschnationalen wird unter anderem durch den Verlauf einer deutschnationalen Versammlung in Erfurt mit dem Vizepräsidenten des Reichstages Graf als Redner charakterisiert.

Die in Erfurt erziehende völkervereinliche Thüringer Allgemeine Zeitung berichtet darüber, daß die Versammlungslokal schon lange vor Beginn der Veranstaltung zum größten Teil von Nationalsozialisten besetzt war. Die Nationalsozialisten langen ihre Kampflieder, riefen „Heil Hitler“, schimpften fortgesetzt und hinderten

sowie das diesbezügliche Echo in der öffentlichen Meinung der ganzen Welt bedeutet für die Papenregierung ein außenpolitisches Fiasko. Die englisch-französische Einheitsfront, die seit dem Konsultationspakt von Lausanne in Sicht war, ist jetzt eine Tatsache. Alles andere sind illusionäre Wünsche, mit denen man keine Politik treiben darf. Das Gleiche gilt auch für die Hoffnung auf Italiens Hilfe, denn es ist jetzt ganz ausgeschlossen, daß Mussolini, der übrigens Deutschland vor dem Fernbleiben von Genf gewarnt hatte, dem isolierten Deutschland zuliebe sich in einem Gegenatz zu England stellen wird.

Macdonald soll im Juli in Lausanne dem Reichsanzler von Papen gewisse Hoffnungen gemacht haben. Umso mehr steht man jetzt in Berlin vor einem Rätsel. Aber vielleicht ist die Erklärung für diesen Frontwechsel viel einfacher als manchen denken: Zwischen der ersten Julihälfte und jetzt hat sich in Deutschland verschiedenes ereignet, was im gesamten Ausland größte Beachtung gefunden und stärkste Beforgnisse erzeugt hat: Die förmliche Erklärung einer Diktatur der Junker, die Reichstagswahlen mit den 14 Millionen Hitlerstimmen, der Stahlhelmtag, bei dem Hohenzollernprinzen, kaiserliche Generale und aktive Reichsminister und Reichswehrführer sich als Ehrengäste gemeinsam zeigten, die Interviews und Artikel des Generals v. Seeliger, seine ernsthaften Äußerungen, daß Deutschland „auf jeden Fall“ das tun würde, was es für notwendig halte, also unabhängig vom Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen, die Schaffung des „Reichskuratoriums für Jugendberufshilfe“, der Bauauftrag für den Panzerkreuzer C — das alles sind Dinge, die auch in England die größte Mißbilligung hervorgerufen haben. Da brauchte Herriot gar nicht mit seinem „Geheimmaterial über illegale deutsche Rüstungen“ zu kommen, um die englische Regierung gegen Deutschland aufzuputtschen.

Die Reichsregierung läßt erklären, daß sie ihren Weg weitergehen werde, der durch das Schreiben an Henderson festgelegt sei. Möge sie, möge vor allem das deutsche Volk noch rechtzeitig erkennen, w o h i n dieser Weg führt.

lange Zeit den Redner am Stöhnen. Die Polizei mußte zweimal eingreifen. Sie entfernte eine große Anzahl Nationalsozialisten aus dem Saal. Trotzdem konnte sich der Redner nur schwer durchsetzen. Der Verammlungsleiter der Deutschnationalen Volkspartei sprach sein Bedauern darüber aus, daß sich die Anhänger einer nationalen Partei wie Hegel benehmen. Rufe fielen: „Ihr alten Ritter“. Ein Verammlungsmitglied versuchte Hundegebell nachzuahmen. Als Graf von der endgültigen Beseitigung des parlamentarischen Systems sprach, riefen die Nazis: „Verfassungsbruch“. Als er das Wort „Sarsburger“ gebrauchte, rief man: „Das war der größte Verrat“. Graf meinte, der Sinn der letzten Wahl wäre gewesen, das Zentrum nicht wieder zur Macht kommen zu lassen. Trotzdem hätten die Nationalsozialisten verlust, mit dem Zentrum eine Koalition zu bilden. Sitter habe die große Gelegenheit beim Empfang durch den Reichspräsidenten für immer verpasst. Dem Reichspräsidenten Göring warf Graf Unkenntnis der Verfassung und der Geschäftsordnung vor. Die Zukunft geböre der nationalen Bewegung. Die Nazi riefen: „Aber nicht unter deutschnationaler Führung.“

Die Thüringer Allgemeine Zeitung berichtet schließlich: „Wie wir hören, sind in der deutschnationalen Geschäftsstelle am Kaiserplatz in Erfurt zwei große Fenster, in denen die Platanenbündelungen für die Graefversammlung ausgingen, eingeworfen worden. Auch wird uns von deutschnationaler Seite mitgeteilt, daß in der Versammlung selbst Steinbomben geworfen worden seien.“

Gemeindewahlen in Preußen am 6. Nov.

Der Reichsausschuß des Preußenlandtages hat am Montag einen nationalsozialistischen Antrag mit den Stimmen der Antragsteller und der Kommunisten angenommen, wonach die Vertretungen der preussischen Gemeinden und Gemeindeverbände am 6. November, also zusammen mit den Reichstagswahlen, neu gewählt werden sollen. Es bleibt abzuwarten, ob der Staatsrat Einspruch erhebt. In diesem Falle müßte der Beschluß des Ausschusses durch eine Zweidrittelmehrheit des Landtages bestätigt werden.

Die Barone an das Volk

Ein Wahlauftrag der Reichsregierung

MA. und Völkzeitung berichten, daß die Reichsregierung die Veröffentlichung eines Wahlauftrages beschlossen habe, der die offizielle Stellungnahme zum Wahlkampf enthalten und noch einmal die Gründe umreißen soll, aus denen heraus die Reichsregierung den Entschluß zur Reichstagsauflösung und zur Ausschreibung von Neuwahlen fasste. Der Aufruf werde ferner die Mahnung an die Parteien richten, den Wahlkampf mit größter Zurückhaltung und unter Wahrung von Ordnung und Ruhe zu führen. Nur unter dieser Voraussetzung sei ein pünktlicher Ablauf der Wahlen gewährleistet.

Verhandeln oder kuhhandeln?

MA. Berlin, 19. Sept. Reichsanzler v. Papen hatte heute mittag eine lange Aussprache mit dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, und dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held. Die Besprechung begann bereits um 11 Uhr und dauerte bis in die Mittagsstunde hinein. In politischen Kreisen nimmt man an, daß es sich dabei weniger um die Fragen der Reichsreform als die aktuellen Dinge handelt, die mit den Wahlen in Zusammenhang stehen.

Als ob . . .

Von Rudolf Breitscheid.

Die Regierung hat die Neuwahlen des Reichstags auf den 6. November angelegt. Sie ist also in dieser Beziehung auf dem für die Verfassung vorgeschriebenen Wege geblieben. Daß es nicht zu unterschätzende Strömungen gab, die sie von diesem Wege abdrängen wollten, ist bekannt und wir dürfen sogar vermuten, daß sie sich auch innerhalb des Kabinetts selbst bemerkbar machten. Bezeichnend genug ist ein Artikel im Ring, jener der Regierung und dem Herrenklub nachstehenden Wochenchrift des Herrn v. Gleichen, in der noch am 16. September Zweifel geäußert wurden, ob Wahlen überhaupt stattfinden würden und die etwaige Nichtabfertigung eines Wahltermins oder seine Aufhebung aus einem "Notstandsrecht" hergeleitet wurde. Wenn diese Ratgeber, die ihre Staatsstreichelnie nur schlecht hinter einer verwegenen Auslegung der Verfassung verbergen, nicht durchgedrungen sind, so ist das wohl nicht zuletzt das Verdienst des Reichspräsidenten, der an seinem Eid festhält.

Aber wie soll es nun weitergehen? Die Wahlen mögen einige Verschiebungen in den parlamentarischen Machtverhältnissen bringen, eine Mehrheit für Herrn v. Papen werden sie nicht herbeiführen. Damit rechnen, wie anzunehmen ist, die Regierung auch gar nicht. Sie wird also nach dem 6. November wieder vor denselben Fragen und Schwierigkeiten stehen, denen sie sich nach dem 31. Juli gegenüber sah. Sie könnte noch einmal auflösen, wobei wir ganz dahingestellt sein lassen wollen, ob ein solcher Schritt, wie man ihn auch begründen möchte, ebenjowenig mit dem Geist der Verfassung in Einklang zu bringen ist, wie die Auflösung vom 12. September. Aber was wäre mit einer solchen Politik erreicht? Es würde eine verheerende Unruhe ins Volk getragen, ohne daß Herr v. Papen auf dem parlamentarischen Wege zum Ziele gelangte. Darüber sind sich die Theoretiker zweifellos auch im Klaren und, vorausgesetzt, daß sie sich über die Zukunft überhaupt Gedanken machen, werden sie schon jetzt in Erwägungen über die weiteren Maßnahmen eintreten müssen.

Der erwähnte Artikel im Ring wird ihnen dabei behilflich sein. Die Entwicklung in Deutschland, so meint er, werde um eine durch die Verfassung, d. h. unter Verfassungsbrechung zustandgekommene Reform von Wahlrecht und Verfassung nicht herumkommen. Aber auch das reicht nicht aus. Die Regierung werde vorerst das Parteizweigen ganz ausschalten müssen. „Es muß schon jetzt so regiert werden, als ob Parteien als interessapolitische Faktoren in der Politik nicht mehr gäbe.“

Man könnte zunächst die Frage aufwerfen, was unter Parteien als „interessapolitische Faktoren“ zu verstehen sei. Wahrscheinlich soll der Sinn dieser dunklen Wendung der sein, daß Parteien zwar bestehen dürfen, aber nichts zu sagen haben, und der Regierung wird angetragen, zunächst die Philosophie des Als ob auf die Politik anzuwenden. Wenn das genügend lang und mit dem nötigen Nachdruck geschieht, so werden eben die Parteien von selbst sich verziemen und eingehen.

Es gehört neuerdings überhaupt sozusagen zum guten Ton, für alles Unglück die Parteien verantwortlich zu machen und dabei tun sich natürlich diejenigen am meisten hervor, die eben, wie die Regierung Papen, keine Partei haben, auf die sie sich stützen können. Aber die Partei ist doch nichts anderes, als die Vertretung eines Volksteils, der sich bestimmte Vorstellungen über die Lösung einer bestimmten Aufgabe macht. Wer die Parteien ausschalten will, schaltet das Volk aus, das praktisch nur auf dem Wege über die Parteien seinen Einfluß geltend machen kann und er zerstört bewußt den wesentlichen Grundzug der Verfassung, nachdem die Staatsgewalt vom Volke ausgeht.

Die Anhänger der Politik des Als ob haben aber auch noch eine andere Begründung für ihre Vorschläge gefunden oder besser gesagt erfunden. Das ist das staatliche Notstandsrecht. Der Reichspräsident müsse erkennen, daß es mit dem Parlament nicht gehe und daß er also, um den Staat zu erhalten, Reichstag und Verfassung über Bord zu werfen habe. Sie berufen sich dabei auch auf die Eidesformel, die der Artikel 42 der Weimarer Verfassung dem Präsidenten bei der Übernahme seines Amtes vorschreibt. Es heißt da, daß der Mann an der Spitze des Reiches seine Kraft vom Wohl des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden werde. Beseitigung von Parlament und Parteien soll eben eine Abwehr von Schaden sein.

Nun aber heißt es in der Formel weiter, daß der Reichspräsident die Verfassung und die Gesetze des Reiches zu wahren entschlossen ist und damit ist ausdrücklich gesagt, daß die Art, wie Schaden vom deutschen Volk abgewendet wird, niemals und unter keinen Umständen im Widerspruch zur Verfassung stehen darf. Die Protokollierung eines Notstandsrechts im Sinne der Ratgeber des gegenwärtigen Kabinetts würde dem jeweiligen Präsidenten unbeschränkte Vollmachten geben, und daß das in Weimar nicht beabsichtigt war, geht von allem anderen abgesehen, ja auch aus dem Artikel 48 hervor. Die Proklamierung des Notstandsrechts wäre — und daran können auch Gutachten von noch so vielen Professoren nichts ändern — nichts anderes als der offene Staatsstreich.

Man mag sich auf den Standpunkt stellen, daß alle diese Fragen zur Zeit nicht akut sind, da die Regierung Wahlen ausgesprochen hat, aber sie können sehr bald akut werden, und wir haben die Pflicht, uns mit ihnen auch in der bevorstehenden Wahlkampagne sehr ernsthaft zu beschäftigen. Wir mögen auch überzeugt sein, daß sich der Reichspräsident in der Zukunft wie bisher verhalten wird, die fromme Hofmarilla Friedrich Wilhelm IV. von Preußen einem Verfassungsbruch geneigt machen wollte. Aber es könnten unter Umständen Dinge eintreten, die die Position der Staatsstreichtheoretiker zu verbessern geeignet wären und deshalb gilt es von vornherein den schärfsten Protest gegen ihre Pläne einzulegen und das Volk gegen sie aufzurütteln.

Gewiß hatte Lassalle recht, wenn er Verfassungsfragen nachfragen nannte. Aber das heißt nicht, daß wir gegen diejenigen Klassen, die die Verfassung zu ihren Gunsten zu brechen beabsichtigen, nicht vom Boden des Rechts zu kämpfen sollen. Und wenn Kanonen, kapitalistische Wirtschaftsmittel usw., wie Lassalle sagt, Stütze der Verfassung sind, so ist auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ein Stützpunkt der Verfassung. Dieses Rechtsbewußtsein zu stärken und wirksam zu machen, ist unsere Aufgabe.

Kundgebung gegen Diktaturpläne

Der Kongress der christlichen Gewerkschaften

NR. Düsseldorf, 19. Sept. Im weiteren Verlauf des 13. Christlichen Gewerkschaftskongresses führte der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald u. a. aus: Wir müßten verfassungspolitisch zu einem Ausgleich kommen. Dieser Ausgleich dürfte weder in Parlamentsdiktatur noch in Regierungsverwaltung oder Bürokratie bestehen. Ratschläge dazu gebe es für jede Staatsform, die ein kräftiges, geäußertes und gebildetes Volk mit etwas Geduld und Psychologie richtig zu behandeln verfehe. Der Reichsarbeitsminister Schäfer, so fuhr Stegerwald fort, hat mir heute morgen vor seiner Abreise ins Ruhrgebiet gesagt, daß wenn das deutsche Volk in den nächsten Monaten nicht zusammenstehe, wenn die Karte des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung nicht flucht, wir in eine unumgängliche Lage hineingeraten würden. Ich stehe mit ihm auf demselben Standpunkt. Ich lehne es ausdrücklich ab, das ganze Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung in Grund und Boden zu kritisieren. Aber auch darüber muß man sich klar sein: Die politischen Auswirkungen des Wirtschaftsprogramms auf der einen Seite und die Wirtschaftsanpassung mit unvermeidbar scharfen Wahlkämpfen auf der anderen Seite sind einander ausschließende Beariffe. In drei bis vier Monaten werden wir weiter darüber reden. — Nach scharfen Angriffen gegen die Reichsregierung sagte Stegerwald weiter, es wäre überaus ratsam, wenn während des Wahlkampfes eine objektive Regierung amtieren würde, die den Wahlkampf die ersten Stunden abgedröhren würden. Der Herr Reichspräsident dürfe aus Gründen der Staatsraison nicht der Gefahr ausgesetzt werden, daß dieselben Kräfte, die sich gegen die Regierung von Papen richteten, auch in Opposition gegen ihn

gebracht würden. Dann würde überhaupt kein das Volk einigendes und zusammenhaltendes Element mehr vorhanden sein.

Die Jahre 1932 und 1933 sind ungeheuer entscheidungsschwer für die deutsche Zukunft. Im deutschen Volksstaat sind die Kräfte wie die Fingerringe vorhanden, auch dieser Dinge Herr zu werden. Sorgen Sie dafür, daß die Kräfte, die mit dem deutschen Volk vermischt sind, die wollen, daß die Kräfte, die die Mitte Europas bewohnen, in der Tat ein Volk und eine Nation werden, die den nationalen und sozialen Volksstaat wollen, verhärtet aus dem Wahlkampf hervorgehen werden.

Nach der Rede Dr. Stegerwald nahm der Kongress einstimmig eine Entschliesung an, in der es nach einer scharfen Kritik an der Regierung Papen heißt:

Die Wirtschaft kann unmöglich schrumpfen, wenn die Kaufkraft, wenn die Lebenskraft der breiten Massen einfach erdrückt wird. Zum Überflus wird die Reichstagsauflösung neue Verantwortung in Volk und Wirtschaft. Die erneute Auflösung erweist weiter den Einbruch, als jolles Wille und Recht des Volkes immer mehr ausgeschaltet und der Diktatur der Weg gebahnt werden. Diese Entscheidung beschwört ein Verhängnis für Volk und Staat herauf. Sie muß die Arbeiterschaft in die schärfste Opposition gegen den Staat überhaupt stoßen.

Die christlichen Gewerkschaften warnen vor jedem Spiel mit verumteter oder offener Diktatur. Sie widerlegen sich auf das Entschiedenste allen Maßnahmen, die eine noch weitere Radikalierung der deutschen Arbeiterschaft unfehlbar nach sich ziehen müssen.

Ein toller Skandal

Die Milliardenbetrüger Lahusen können jubeln

Die „nationalen“ und nationalsozialistischen Brüder Lahusen haben es geschafft. Die Strafkammer in Bremen hat den Antrag des Staatsanwaltes abgelehnt, gegen diese Betrüger das Strafverfahren wegen Kreditbetrug und Kontoforgeriesachen zu eröffnen. Ueberraschend sind nur zwei strafbare Handlungen: eine Bilanzverschleierung und Untreue in einem einzigen Falle. Ausgeschlossen sind vor allem jene Anlagen wegen Verschleierung von Millionen Mark an eine „Tochtergesellschaft“ nach Argentinien, kurz vor der Bankrotterklärung.

Die Lahusen, Freunde und Geldgeber des Herrn Hilfer, waren die Inhaber des größten Textilkonzerns von Europa, der „Nordwolle A.G.“. Fast eine Milliarde Mark sind durch den Konturs dieses Konzerns verloren und Tausende von Arbeitern brotlos geworden. Der Konturs der „Nordwolle“ war die Ursache der Bankrottserie und des Zusammenbruchs der „Donat“ am 31. Juli 1931. Tausende von Aktionären und Sparern des In- und Auslandes haben durch den Konturs der Lahusen ihr Geld und ihre Ersparnisse verloren. Das Reich, d. h. die Steuerzahler, mußte mit Hun-

berten von Millionen Mark Tilgungsgeldern einsteifen, um den völligen wirtschaftlichen Ruin Deutschlands zu verhindern. So sehr hat der Kredit Deutschlands durch den Lahusen- und Hilfer-Skandal gelitten. Die Regierung die scharfste Bestrafung dieser Betrüger ankündigte. Das Ansehen Deutschlands und seiner Wirtschaft erlitt durch die Umwälzung, als diese Großbankrottäre ein Verbrechen und Verbrechen erlebten, geküßert haben, wie es nur aus den Zeiten des Unterganges der Rom und der französischen Könige vor 1789 bekannt ist.

Nach 14 Monaten und unter dem neuen nationalen Ruts sind die Raffineure aus Bremen endlich soweit, das sie freigesprochen werden können. Zwei von ihnen sitzen zwar noch in Haft, aber Hilfer, Leischner, der Kassabeherrschter Frank aus dem Braunen Palais in München, der die Lahusen verteidigt, wird auch noch den Rest schaffen. Das „Dritte Reich“, auf das die Lahusen gehofft und das sie aus durchsichtigen Gründen finanziert hatten, ist zwar nicht gekommen. Die Barone haben sich vorher in das von Hilfer bereitete Nest gesetzt. Aber auch unter den Stiefkindern läßt es sich für die glorreichen „Wirtschaftsführer“ gut leben.

Freie Diskontierung der Reichsbank

Der deutsche Antrag in Basel angenommen

Basel, 19. Sept. Der Verwaltungsrat der B.S. hat auf den Antrag, betreffend Änderung des § 29 Abs. 3 des Reichsbankgesetzes einstimmig beschlossen, von dem ihr laut dem Antrag aufgegebenen Recht des Einspruchs für die Dauer von zwei Jahren, also bis zum 30. Sept. 1934 seinen Gebrauch zu lassen.

Im betreffenden § wurde vorgeschrieben, daß eine Diskontierung unter 5 Prozent nicht erfolgen dürfe, solange sich die Golddeckung unter 4 Prozent bewegt, angenommen. Dies ist niemals geschehen.

Wie die Frankf. Zeitung hört, ist sowohl auf der Konferenz der Notenbankleiter wie in der Verwaltungsratsitzung der B.S. von allen Seiten der Standpunkt anerkannt worden, daß der Versuch nun auch ohne Antisierung tatsächlich als erledigt anzusehen sei, so daß eine Behinderung der Deutschen Reichsbank in der Diskontierung für die Zukunft nicht weiter gerechtfertigt werden könne. Auch der Verlängerung des B.S.-Vorfalls an die Reichsbank um drei Monate wurde erwartungsgemäß zugestimmt.

Berordnung des Reichspräsidenten zur Änderung des Reichsbankgesetzes

Der Reichspräsident erläßt auf Grund des Art. 48 ein Verordnungs, durch die die Bestimmungen des § 29 des Reichsbankgesetzes, wonach der Diskontsatz bei Unterschreitung der 40prozentigen Deckungsgrenze nicht unter 5 Prozent gesenkt werden darf, zunächst für die Dauer von zwei Jahren außer Kraft gesetzt wird. Damit erhält also die Reichsbank volle freie Verfügung über ihre Diskontpolitik. Die Verordnung wird Montag bereits im Reichsanzeiger veröffentlicht.

NR. Berlin, 19. Sept. Der Privatdiskont wurde um 1/4 Proz. auf 4 Proz. in der Mitte ermäßigt.

Der Bock will Gärtner spielen

Der Reichspräsident empfing am Montag im Weissenhof Reichskanzler v. Papen den Präsidenten des Preussischen Landtags Kerll, der dem Reichspräsidenten an Hand einer gleichzeitig überreichten Aufzeichnung die Aufstellung des Preussischen Landtags über die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen und des von diesem gebildeten Verfahrens vorgelegte. Ausgerechnet Herr Kerll, der eifrige Käufer nach dem Reichskommissar, wendet sich jetzt gegen ihn. Es gibt keine Zweifelhaftigkeit, bereit ein Präsident nicht läßt.

Von nationalsozialistischer Seite wird über die Erklärung Kerlls gegenüber dem Reichspräsidenten ein längerer Bericht verbreitet, nach dem sich Kerll auch Herrn v. Hindenburg als den berechtigten Hüter der preussischen Verfassung vorgestellt hat. Er hat ihm weiter versichert, daß der Dualismus zwischen Reich und Preußen durch die Einsetzung eines Reichskommissars beseitigt werden könnte. — Reich am besten dadurch zu beseitigen wäre, daß ein vom Preussischen Landtag gewählter Ministerpräsident zum Reichskanzler ernannt werde.

Harte Urteile gegen Kommunisten

NR. Duisburg, 19. Sept. Das hiesige Sondergericht verurteilte heute wegen des am 14. Juli ds. Js. in Oberhausen verübten kommunistischen Ueberfalls auf eine Anzahl Nationalsozialisten, die aus einer Verarmung hervorgegangen, wegen Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung die Angeklagten Übersbach zu drei Jahren Zuchthaus, Emers als Haupttäter zu vier Jahren Zuchthaus. Drei Angeklagte erhielten je zwei Jahre Gefängnis. Den beiden Erbsenannten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre aberkannt.

In einem zweiten Prozeß des Sondergerichts wurde gestern gegen den Arbeiter Schäfer und den Friseur Sinter aus Mettrich verurteilt. Die Anklage war erhoben worden wegen verübten Totschlages, verbotenen Waffensittes und Nötigung. Die Angeklag-

ten hatten am 9. Juli abends von einer Demonstration in Hombrorn heimkehrenden Nationalsozialisten aufgelauert. Unter diesen befand sich auch der Arbeiter Steiniger, der von Schäfer beschossen worden war. Eine Kugel brach Steiniger durch den Rücken und trat auf der Brust hervor. Bei einer sofort vorgenommenen Sausufsuchung wurde die Wunde bei Schäfer gefunden. Nach langwieriger Behandlung verfiel das Sondergericht in später Abendstunden dem Urteil, wonach Schäfer wegen Verletzung des Todes zu drei Jahren Zuchthaus, wegen dreier Verbrechen gegen das Waffengesetz zu sechs Monaten Gefängnis, zum Zusammenschluß zu drei Jahren ab 10 Monaten Zuchthaus, verurteilt wurde. Gegen Sinter erkannte das Gericht wegen Nötigung auf drei Monate Gefängnis.

Die Königsberger Bombenwerfer

NR. Königsberg, 19. Sept. Die in einem Hotel verhafteten vier Nationalsozialisten, die der Königsberger SA angehören und dort eine Reihe von Bombenattentaten verübt haben, sind im großen und ganzen akkreditiert. Am Sonntag nach Mittag in ein reichsdeutsches Kriminalkommissariat und ein Detektiv eingetrossen, um die Verhafteten zu verhören. Im ganzen werden ihnen sieben Bombenattentate zur Last gelegt, bei denen acht Personen schwer verletzt und eine Person getötet wurden. Die Verhafteten werden nach Abschluß der sachlichen Formalitäten an Deutschland ausgeliefert und dort vor ein Sondergericht gestellt werden.

Kommunistische Unruhen in England

NR. Birkenhead, 19. Sept. Seit 48 Stunden herrscht in Birkenhead schwerer Terror. Die Straßen sind überfüllt mit Glascherben der Auslöschung. Auf die Polizei wurden die Fischen und Ziegelsteine geschleudert, so daß sie mit dem Schutzhelm versehen mußte. Neun Polizisten wurden verletzt. Die ganze Nacht hindurch hatte die Polizei mit Gaswagen und zu Pferde die Straßen abpatrouilliert. 44 Verhaftungen, darunter ein der kommunistischen Partei Angehöriger wurden verhaftet. 120 Polizisten zu Fuß und 12 zu Pferd trafen aus Liverpool zur Verstärkung in Birkenhead ein. Tausende von Menschen füllten die Straßen und wurden durch die von der Polizei in Bewegung gehalten. Die Demonstrationen hatten ihren Ursprung in Arbeitslosen Demonstrationen gehabt.

Großer politischer Prozeß

N. Baderborn, 19. Sept. Am Montag begann vor dem Sondergericht Baderborn ein neuer Totschlagsprozeß. Der Anklage lag die Zusammenkunft zwischen uniformierten Nazis, Kommunisten und Sozialdemokraten, die sich am 10. Juli in Beverungen trafen. Die ganze Nacht hindurch hatte die Polizei mit Gaswagen und zu Pferde die Straßen abpatrouilliert. 44 Verhaftungen, darunter ein der kommunistischen Partei Angehöriger wurden verhaftet. 120 Polizisten zu Fuß und 12 zu Pferd trafen aus Liverpool zur Verstärkung in Birkenhead ein. Tausende von Menschen füllten die Straßen und wurden durch die von der Polizei in Bewegung gehalten. Die Demonstrationen hatten ihren Ursprung in Arbeitslosen Demonstrationen gehabt.

Danzigs Oberkommissar

Danzig, 19. Sept. Der Völkerverbundskommissar in Danzig, Graf Gronau, ist heute abend hier im Alter von 49 Jahren gestorben. Die Polische Zeitung schreibt: Mit großem Takt und diplomatischer Gewandtheit hat er oft zwischen den Parteien vermittelt und viele Gegenjäre überbrückt.

Freistaat Baden

Die politische Betätigung der Beamten

Umtliche Richtlinien

Der Staatsanwälters teilt mit: Bevorstehende Wahlen geben der badischen Staatsregierung Anlaß, folgende neue Richtlinien über die politische Betätigung der Beamten bekanntzugeben:

1. Ein Beamter, der in irgend einer Weise die Befreiungen einer Partei oder sonstigen Organisationen fördert oder unterstützt, welche einzelne oder sämtliche Grundrassen der bestehenden Bevölkerung des Reichs oder eines Landes mit Gewalt betätigen will, verliert in schwerster Weise seine Treuepflicht gegenüber dem Staate; er hat die äußersten Folgen seiner Pflichtverletzung zu tragen.
2. Die Freiheit der politischen Gesinnung, die Betätigung und die Vereinigungsfreiheit in anderen Parteien finden gemäß Artikel 130 und 118 der Reichsverfassung ihre Grenzen in den Schranken der allgemeinen Gesetze. Dazu gehören auch die Bestimmungen der Reichsverfassung über die Befreiungen der Beamten. Der Beamte ist ferner nach Artikel 130 der Reichsverfassung Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei. Der Beamte hat daher im politischen Kampfe eine seinem Amte entsprechende Zurückhaltung zu üben und bei seinen Äußerungen die Grenzen einer sachlichen Auseinandersetzung einzuhalten. Insbesondere sind Äußerungen gegen die Regierungen des Reichs und der Länder, gegen einzelne ihrer Mitglieder, gegen Behörden oder öffentliche Einrichtungen, die diese Grenzen überschreiten, zu unterlassen.
3. Das Tragen von Dienstkleidung bei parteipolitischen Betätigungen ist unstatthaft.
4. Innerhalb des Dienstes hat der Beamte jede parteipolitische Betätigung zu unterlassen, insbesondere ist die parteipolitische Agitation in den Diensträumen, sowie das Tragen politischer Abzeichen im Dienste oder in den Diensträumen den Beamten untersagt.

Rheinschiffahrtstag in Konstanz

Konstanz, 19. Sept. Auf dem Rheinschiffahrtstag in Konstanz hielt der frühere badische Staatspräsident Prof. Dr. Ing. K. v. Müller einen Vortrag über „Ober- und Hochwasser und Wasserwirtschaftsproblem“. In seinen Ausführungen wies Dr. Müller zunächst auf die allgemeine Wirtschaftslage und ihre Ursachen hin und erklärte, daß die Krise der Weltwirtschaft eine Krise psychologischer Art sei, weil das Vertrauen und die Zusammenarbeit fehle, die bis zum letzten Sommer in der internationalen Wirtschaft herrschten. Dem Vertrauen verbanke die Maschine ihren Wert im Wirtschaftsaufbau, ihm verbanke Millionen von Menschen ihre Existenzmöglichkeit. Wo das Vertrauen fehle, da fehle auch der Mut zum Risiko, der unerläßliche Voraussetzung für die private Initiative sei. Die Technik stünde vor der Lösung ungeheurer Aufgaben, die in Angriff genommen würden, sobald das Vertrauen wieder hergestellt sei. Oberregierungsrat Altmayer-Karlshausen sprach sodann über „Die Wasserstraße Waal-Bodensee“ und behandelte dabei bekannte Projekte, die in einer organischen Verbindung der Kraftwerke am Oberlauf mit dem Ausbau der Wasserstraße Waal-Bodensee bestehen.

Hirtentbrief

des Erzbischofs Dr. Conrad Gröber

In den katholischen Kirchen der Erzdiözese Freiburg wurde am Sonntag des Hirtentreibens des Erzbischofs Dr. Conrad Gröber verlesen, das sich mit caritativen Maßnahmen für den kommenden Winter befaßt. Nachdem einangs auf die allgemeine wirtschaftliche Notlage hingewiesen wird, heißt es in dem Hirtentreiben weiter, es sei die erste Frage berechtigt: Wie wird das winterliche Volk den Winter 1932/33 überleben? Im letzten Herbst haben wir noch von den Hoffnungen und Versicherungen, nun aber auch die letzten Stützpunkte und Rettungsanker durch die existenziellen Enttäuschungen gelockert. Und doch dürfen wir um einen Preis mutlos werden. Der Erzbischof richtet dann vor allem an die ländliche Bevölkerung die herzliche Bitte, sich der schlofferleidenden Familien in den Städten zu erinnern. Wo weder Lebensmittel noch Kleidungsstücke zur Verfügung kämen, müßte aber zu Geldmangeln Zukunft genommen werden. Die Landwirte müßten Gott danken, der den allermeisten Gegenden unseres reichlichen und fruchtbaren Landes eine überaus segnete Ernte brachte. Ihr Dank dürfe sich nicht auf ein jubelndes Teudeum und Dankfest beschränken, sondern müsse sich auch in die arme reichlich geendeten Gaben für die Notleidenden kleiden. Alle seien sich der organisierten Verbundenheit zu erinnern, die alle Glieder eines Volkstörpers umfaßt und zu einem Lebensganzen verknüpft. Die Aufgabe dieses Gedankens würde eine Auffassung der Verbundenheit, das man helfen, müsse man den Darbenden zu Hilfe kommen. Das mag den am besten Lebenden oft schwer und eine Selbstberaubung erscheinen, es erache sich aber einhellig der Bibel und aus den Lehrentscheidungen der Kirche. Es erache sich namentlich in den ersten christlichen Zeiten als selbstverständliche Glaubensäußerung. Das Notmal und den Gradmesser höherer Gelinnung, Liebe und Wärme werde man wieder, namentlich im caritativen Fühlen und Helfen suchen müssen. Das christliche Leben sei wieder zu einem opferwilligen Leben der Liebe zu gestalten. Wenn sich diese Gelinnung und diese Auffassung Religion wieder tatkräftig wecken und verallgemeinern ließe, würde der kommende Winter, so schwer er auch sein möge, nach glücklich überwunden werden.

Die Wirkungen der Papenverordnung

Umfang der Lohnsenkung

Nach der neuen Papenverordnung können unter bestimmten Voraussetzungen vom Unternehmer die Tariflöhne unterschritten werden. Wie diese Maßnahme für die Arbeiter sich auswirken kann, wird in einem Aufsatz im Berliner Tageblatt sehr interessant dargestellt. Wir zitieren aus dem Aufsatz das folgende:

Wir unterzogen im folgenden die praktischen Auswirkungen der neuen Bestimmungen an einem Beispiel: Ein Betrieb, in dem am 15. August 1932 (oder im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August), 100 Arbeiter beschäftigt waren, soll die Voraussetzungen der zulässigen Tariflohnunterbreitungen durch Mehrereinstellung erfüllen. Der Tariflohn beträgt im Durchschnitt 80 Pfennige in der Stunde. Bei einer Vermehrung der Arbeiterzahl von fünf bis 25 Prozent ergeben sich folgende Höhen des Lohnaufwands, der geleisteten Arbeitsstunden und der Löhnerparnis.

Arbeiter	100	110	120	125
Lohn (in Mark):				
für 1. bis 30. Stunde	2400	2640	2880	3000
„ 31. „ 40. „	800	784	576	500
„ 40. „ 48. „	640	—	—	—
Lohnaufwand (in Mark)	3840	3344	3456	3500
Geleistete Arbeitsstunden	4800	4400	4800	5000
Durchschnittl. Stundenlohn (Pf.)	80	76	72	70
Löhnerparnis in Prozent	—	5,0	10,0	12,5

Obwohl also an diesem Beispiel wirken sich die Bestimmungen der neuen Verordnung im allgemeinen so aus, daß bei Vermehrung der Belegschaft um 25 Prozent eine tatsächliche Lohnsenkung um 12,5 Prozent eintritt, die insgesamt geleisteten Arbeitsstunden noch um 4,2 Prozent erhöht werden, aber daß sich der gesamte Lohnaufwand sogar noch um über 9 Prozent niedriger stellt als vorher. Die früher geleisteten Arbeitsstunden werden schon bei Mehrereinstellung von 20 Prozent erreicht, obwohl der notwendige Lohnaufwand um genau 10 Prozent niedriger wird. Die von der Reichsregierung erwartete Erhaltung und Steigerung der Gesamtlohnsumme wird erst dann möglich, wenn der Betrieb 37 und mehr Arbeiter mehr einstellt: 137 Arbeiter erhalten zusammen in den ersten 30 Wochenstunden 3280 Mark, dazu kommen die um 50 Prozent gesenkten Löhne für die 31. bis 40. Stunde, die insgesamt 548 Mark betragen; der Gesamtlohnaufwand beträgt somit für diese 137 Arbeiter im ganzen 3836 Mark, wodurch erst der Lohnaufwand des Betriebs vor der Neueinstellung erreicht wird.

Für denselben Lohnaufwand werden jetzt 5480 — früher 4800 — Arbeitsstunden geleistet, das sind 14 Prozent mehr.

Dem Arbeitgeber entstehen durch die Mehrereinstellung keine wesentlichen Mehrkosten, da die sozialen Beiträge sich im allgemeinen nach der Lohnhöhe richten.

Damit wären aber die Vergünstigungen, die die neue Verordnung für Betriebe mit Mehrereinstellung enthält, nicht erschöpft. Bekanntlich kommen noch 400 Mark Jahresprämie in Steuerhelfen für jeden Neueinstellenden hinzu. Wir haben unter Beispiel daraufhin ergänzt und berechnet, daß der Arbeitgeber bei gleichem Lohnaufwand wie bisher, statt 100, auf Grund der Vergünstigungen 151 Arbeiter beschäftigen kann, und daß sich die geleisteten Arbeitsstunden von 4800 auf 6040 in der Woche erhöhen. Beispiel: 151 Arbeiter, davon 51 neuereinstellt; Lohn für die 1. bis 30. Stunde: 3624 Reichsmark (je Stunde 80 Pfennige), Lohn für die 31. bis 40. Stunde 604 Reichsmark (je Stunde 40 Pfennige), also Lohnaufwand zusammen 4228 Reichsmark (je Stunde 64 Pf.). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden beträgt über 6040 oder 26 Prozent mehr als vorher.

Die Vergünstigungen, die der Unternehmer als Anreiz zur Wirtschaftsförderung erhält, betragen also bei der vollen Ausnutzung genau 26 Prozent. Eine Steigerung des tatsächlichen vom Arbeitgeber aufgetragenen Lohnaufwands würde nach unserem Beispiel erst nach einer Mehrleistung von 52 Prozent erfolgen. Betriebe, in denen schon vorher Kurzarbeit geleistet worden ist, erhalten freilich geringere Lohn- und Prämienauschüttungen.

Wichtig ist es aber auch zu verfolgen, wie sich die tatsächliche Lohnsumme, die der einzelne Arbeiter wöchentlich vor und nach der Anwendung der Verordnung erhält, in diesem Betrieb entwickelt. Bisher erhielt der Arbeiter für 48 Arbeitsstunden einen Lohn von 38,40 Mark. Nach der Mehrereinstellung fallen die letzten acht Arbeitsstunden, also wöchentlich 6,40 Mark, fort und hinzu tritt die gesunkene Tariflohnunterbreitung für die 31. bis 40. Arbeitsstunde. Der Wochenlohn des einzelnen Arbeiters beträgt demnach bei einer Vermehrung der Arbeiterzahl um 5 Prozent: 31,20 Mark oder 18,7 Prozent weniger, um 15 Prozent: 29,60 Mark oder 22,9 Prozent weniger, um bis bei 25 Prozent: 28 Mark oder 27,1 Prozent weniger. Je mehr also eingestellt werden, desto niedriger ist der tatsächliche Arbeitsverdienst.

Die Arbeiter bezahlen die Neueinstellung von Arbeitskräften mit einem Lohnverlust von 18,7 bis 27,1 Prozent.

Unberücksichtigt lassen wir hier die ebenfalls auf Grund der neuen Verordnung ermöglichte Tariflohnunterbreitung bis 20 Prozent für „notleidende“ Betriebe.

Volkswirtschaftliches

Dilettantismus

Die Reichsregierung will auch die Einfuhr von Speck und Schmalz kontingentieren. Sie bildet sich ein, dadurch der Landwirtschaft zu helfen. Nun wird auch diese Kontingentierung dahin führen, daß der deutsche Warenexport geschädigt wird. Mit der Arbeitsstelle verlieren aber viele Menschen in Deutschland die bisherige Kaufkraft. Deutschland hat bisher 83 000 Tonnen Schmalz und 15 000 Tonnen Speck eingeführt. Wird man die zukünftige Einfuhr, wie man sie vor hat, auf 60 Prozent festgelegt, so müssen rund 50 000 Tonnen Speck im Lande mehr erzeugt werden. Die Landwirtschaft steht vor der Notwendigkeit, das deutsche Schwein auf ein Gewicht von drei Zentnern zu müssen anheben wie bisher auf zwei Zentner. Das geht aber nicht ohne weiteres. Zunächst man drei Zentner schwere Tiere, dann erzeugt man nicht nur Speck, sondern auch fetteres Fleisch. Schweine mit fettem Speck und magerem Fleisch hat nämlich der liebe Gott in seiner Schöpfung nicht vorgesehen. Nun ist aber fettes Schweinefleisch bei den Verbrauchern wenig beliebt; es erzielt weit niedrigere Preise als mageres Fleisch. Was also die deutsche Landwirtschaft durch den Mehrverkauf an Speck mehr einnimmt, geht durch den niedrigeren Preis für fettes Fleisch verloren. Die Wiperung von Schmalz und Fett kann der Landwirtschaft also keine Vorteile bringen; da bei den jetzigen Preisen keine Rentabilität für eine zusätzliche Schmalzerzeugung im Inlande besteht. Durch diese Überlegungen wird der Dilettantismus der Papenischen Wirtschaftspläne wohl treffend gekennzeichnet.

Bitterer Zucker

Wie die Nazi den Zuckerprijs senken wollen

Die Nazis suchen den schledsten Einbruch, den sie mit ihrem Eintreten für die Margarinesteuer machen, dadurch zu verwischen, daß sie die Herabsetzung des Zuckerprijs fordern. Damit greift die nationalsozialistische Partei eine alte Forderung der Sozialdemokratie auf.

Wir haben in Deutschland verteuert teuren Zucker. Wir bezahlen für den Zucker mehr als das Sechsfache des Zuckerprijs auf dem Weltmarkt. Der deutsche Zuckerprijs stellt sich wie folgt zusammen:

Geheißlicher Höchstpreis	21,50 M
Steuer	10,50 M
Satz usw.	0,50 M
Gesamtprijs für Zucker pro Zentner	32,50 M

Der Weltmarktzuckerpreis dürfte dagegen etwa 5 M betragen. Doch bei dieser Überforderung des Zuckerprijs in Deutschland der Verbrauch zurückgehen muß, kann nicht Wunder nehmen. Im laufenden Jahre liegt der Zuckerkonsum um etwa 16 Prozent unter dem Stand des Vorjahres. Das sind die Folgen einer überhöhten Preispolitik.

Überhöht ist zweifellos die Zuckerversteuer mit über 10 M pro Zentner. Eine solche Steuer muß sich volkswirtschaftlich schädlich auswirken. Die Sozialdemokratie hat das seit Jahren betont.

Aber die überhöhten Steuer ist nicht allein schuld. In unserer Aufstellung spielt der geheißliche Höchstpreis von 21,50 M pro Zentner eine gewichtige Rolle. Der geheißliche Höchstpreis in Deutschland ist viermal so hoch als der Weltmarktprijs. In diesem überhöhten Zuckerprijs stellen sich die Auswirkungen einer bedenklichen Liebesgabenpolitik, aber auch die Folgen des Kartellzwangs dar.

Gegen die Proteste und gegen die Warnungen der Sozialdemokratie haben die bürgerlichen Parteien geglaubt, den Zuckerprijs möglichst hoch halten zu müssen. Die Zuckerversteuer selbst, die in Deutschland ein geschlossenes Kartell bildet, hat den Zuckerprijs nach außen hin stark untermauert. Sie gehört einmal dem internationalen Zuckerkartell an; des andern angeht sie in Deutschland einen Zollschutz von rund 18 M pro Zentner. Der Zollschutz ist also fast viermal so hoch als der Weltmarktprijs für Zucker.

Die Sozialdemokratie fordert nun eine Ermäßigung der Zuckerversteuer und eine Herabsetzung des geheißlichen Höchstpreises. Anders kann man den Zuckerprijs nicht ermäßigen.

Die Nationalsozialisten fordern die Aufhebung der Zuckerversteuer, als Ausgleich für die Einführung der Margarinesteuer. Doch die breiten Massen durch diesen Wechsel nicht entlastet, sondern noch mehr belastet werden, das verschweigen die Nazis. Der Handel hegt sich beim Zucker mit einem überaus hohen Aufschlag. Würde man die Steuer völlig streichen, so könnte sich der Zuckerprijs höchstens auf 26 Pfennige pro Pfund ermäßigen, während der Margarinepreis nach den Projekten der Nazis auf 1 M steigen müßte. Führt man die Pläne der Nazis durch, dann tritt beim Zucker keine hinreichende Verbilligung ein. Dagegen müßten die breiten Massen eine wesentliche Verteuerung des Fetts, der Margarine in Kauf nehmen. Also ein schlechtes Geschäft für die Konsumenten.

Der Zuckerprijs kann nur durch gleichzeitige Senkung des Höchstpreises und der Steuer so hinreichend gesenkt werden, daß die Zuckerwirtschaft die wünschenswerte Belebung erfährt. Dafür legen sich die Nazis aber nicht ein. Solange aber die Nazis den Zuckerprijs nicht antasten, sondern überhöht halten wollen, ist ihre Forderung nach Ermäßigung des Zuckerprijs Betrug und Schwindel.

Das ist die Salem-Fabrik



Das hat Sinn

und ist nicht Zufall, wenn eine Zigarette die am meisten verlangte ist.

Dann hat sie nämlich mit Sicherheit den Geschmack der ganzen Raucherwelt getroffen.

Deutschlands führende Zigarette ist

die milde SALEM 3 1/3

Kleine bad. Chronik

Der Brandteufel

* Drüngen, Amt Stodach, 19. Sept. Heute vormittag kurz nach sechs Uhr entstand vermutlich infolge Kurzschlusses im landwirtschaftlichen Anwesen der Witwe Frisch ein Brand, dem das ganze Anwesen innerhalb kurzer Zeit zum Opfer fiel. Ein Teil der Fahrnisse konnte gerettet werden. Die ganze Ernte verbrannte. Der Gesamtschaden wird auf 20 000 Mark geschätzt.

* Wittenjshand, Amt Waldshut, 19. Sept. Das Anwesen des Holzhauers Anton Schmidt im Ortsteil Horbach wurde vollständig eingeeigert. Infolge der langen Trockenheit bot das Anwesen eine reiche Nahrung. Nur mit Mühe konnte das Vieh gerettet werden. Der größte Teil der Fahrnisse, sowie die gesamten Futter- und Erntevorräte verbrannten. Der Gebäudeschaden beträgt 14 000 M. Die Brandursache ist noch unbekannt.

* Blumberg (Amt Donaueschingen), 19. Sept. Gestern früh gegen halb 4 Uhr brach in der Scheune des Anwesens, das von dem Schreiner und Landwirt Stefan Kessler bewohnt wird, Feuer aus, das die ganze Scheune einäscherte. Die Motorspritze von Donaueschingen wurde zu Hilfe gerufen, brauchte aber nicht mehr in Tätigkeit zu treten, da die Freiwillige Feuerwehr Blumberg den Brand auf seinen Herd beschränken konnte. Der Gebäudeschaden beträgt etwa 7-8000 Mark. Auch Fahrnisse in Höhe von einigen tausend Mark sind mitverbrannt. Die Besitzerin des Anwesens wohnt in Basel.

Tödlicher Ausgang eines Familienstreits

* Weingarten, 19. Sept. Die wirtschaftliche Not fordert täglich ihre Opfer. Am Sonntagabend lebte der verheiratete, in der Burschstraße hier wohnhafte Hermann Spöhrer in ansehnlichem Zustande in seine Wohnung zurück. Gleich darauf kam es zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf der Vater verlor, auf seine krank im Bett liegende Frau einzuschlagen. Der anwesende Sohn machte ihn wiederholt auf das Unvernünftige seines Vorgehens aufmerksam. Als dies nichts nützte und die Frau immer gefährlicher wurde, bemächtete sich der Sohn zur Abwehr mit einem feintenen Stück Holz, schlug damit auf den Vater ein und zertrümmerte ihm unglücklicherweise die Schädelkapsel. Der herbeigerufene Arzt ordnete die sofortige Ueberführung ins Durlacher Krankenhaus an, wo alsdann der Schwerverletzte am Montag früh verstarb.

Den Ueingeweihten mag das Vorwissen überrascht klingen. Doch man muß wissen, daß die Frau schon seit Jahren krank darniederliegt, der Mann schon etliche Jahre arbeitslos ist und zu allem Unglück sonst noch ganz verworrene Verhältnisse innerhalb der Familie vorliegen.

* Wisserdingen (Amt Forstheim), 19. Sept. Ungetruer Beamter. Bei einer Kassenprüfung auf dem hiesigen Bahnhof wurde ein Fehlbetrag von über 1700 M festgestellt. Der 49jährige Stationsvorsteher Diefenbacher, der sich von früher her in Schulden befunden haben soll, machte sich auf den Weg, um das Geld zur Deckung des Fehlbetrages zu beschaffen. Als ihm das nicht gelang, trieb er sich zwei Tage in der Gegend herum bis ihn der Hunger wieder heimtrieb, wo dann seine Festnahme erfolgte. Diefenbacher ist verheiratet und Vater mehrerer Kinder.

* Mühlheim, 19. Sept. Sturm und Hagel über dem Markgräflerland. Gestern nachmittags zog über das Markgräflerland ein schwerer Sturm mit Hagelschlag vorüber. Das Unwetter hat besonders im Randertale schwer gehaust und an den Rebet großen Schaden angerichtet. Auch verschiedene Wälder wurden von dem Unwetter überhäuft und durch Hagelschläge verlest.

* Mittersdorf bei Rastatt, 19. Sept. Ein Boot zerfällt an der Rheinbrücke — Die drei Insassen errettet. Ein von Sträßburg kommender Rachen mit drei Insassen, Mann, Frau und Kind, kenterte an der hiesigen Schiffbrücke. Es gelang, die Leute an das französische Ufer zu retten. Es soll sich um eine Familie aus Rumänien handeln, die, nachdem der Mann in Frankreich arbeitslos geworden war, mit dem erparten Gelde einen Rachen erkanden hatte, um damit auf dem Wasserweg über Rhein, Main und Donau heimwärts zu fahren. Durch den Unfall gingen den Leuten 500 Francs und Kleidungsstücke in den Fluten verloren. Sie setzten aber am anderen Tage nach einer Meldung der Rastatter Zeitung unbedenklich die Wasserfahrt fort.

* Mannheim, 19. Sept. Stahlhelmauto verunglückt. Ein Omnibus mit der Stahlhelmlapelle Stuttgart fuhr auf der Fahrt nach Mannheim, wo die Kapelle ein Konzert geben sollte, bei Medesheim durch die geschlossene Bahnbrücke. Der Omnibus kam erst auf den Gleisen zum Stehen. Der Führer des Buses bemerkte den Vorfall sofort und bremste sofort. Der Omnibus wurde aber noch vom Zuge umgeworfen, wobei mehrere Mitglieder der Kapelle leicht verletzt wurden. Die Wäpfer wurden dann mit Lastwagen nach Heidelberg verbracht, wo sie am Sonntag ein Konzert geben.

* Freiburg, 19. Sept. Schwere Autounfall — Zwei Tote. Heute nacht kurz nach 23 Uhr fuhr ein mit vier Personen besetztes Auto bei Wolfenweiler gegen einen Baum und wurde völlig zertrümmert. Zwei der Insassen, ein Freiburger namens Behrens und ein Gastwirt aus Buggingen, wurden getötet, die beiden anderen Insassen leicht verletzt. Einer der Verletzten wurde mit dem Krankenauto in die chirurgische Klinik nach Freiburg verbracht. Die Namen des einen Getöteten sowie des zweiten Verletzten konnten bisher noch nicht festgestellt werden.

* Mannheim, 19. Sept. Schüler durch einen Steinwurf schwer verletzt. Auf einem Bauplatz in der Frühlingstraße warf ein 22 Jahre alter Maurer nach einem 10 Jahre alten Volksschüler mit einem Badstein. Dabei traf er ihn auf den Kopf, so daß der Junge eine Verletzung der Schädelkapsel davontrug.

* Interrombach (Amt Bruchsal), 19. Sept. Rüstlosler Motorradfahrer kommt selbst zu Schaden. Gestern nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr hat ein durch unieren Ort talender Motorradfahrer schweres Unheil angerichtet. Nachdem er zunächst ein radfahrendes Kind ungerannt hatte und rüstloslos davongefahren war, fuhr er etwa in der Mitte des Dorfes ein zweites Kind an, desgleichen den Bahnarbeiter Hartmann. Hierbei stürzte der Motorradfahrer und erlitt einen Schädelbruch. Der Soziusfahrer kam mit leichten Verletzungen davon, während Hartmann mit einem Beinbruch weagetragen werden mußte.

* Unterarmersbach, 19. Sept. Bei dem Landwirt Koneker wurde am hellen Tage eingebrochen während alle auf dem Felde waren. Den Tätern fielen 40 Mark und eine Taschenuhr in die Hände. Von den Einbrechern fehlt jede Spur.

* Bühl, 18. Sept. Vom Bühler Obstgroßmarkt. — Traubenmarkt. Der Obstgroßmarkt geht nun langsam seinem Ende zu. Gewaltige Mengen Obstes wurden den Sommer über an- und abgeführt. Ueber 3000 Güterwagen mit Obst fanden vom hiesigen Verladebahnhof ihre Abfertigung nach allen Teilen des Reiches und in das Ausland. Daß damit auch große Summen Geldes in unsere Gegend gelangen, ist klar und erfreulich, nur merkt man von dem vielen Gelde in der Wirtschaft zu wenig. Der strenge Winter und der schlechte Ausfall der Getreide- und Kartoffelernte im letzten Jahre verurteilte große Ausgaben in allen bäuerlichen Haushalten und nach Abtragung dieser Schulden blieb dem einzelnen nur noch sehr wenig übrig. Mitte Oktober plant die Stadt einen Traubenmarkt abzuhalten, von dem sie sich ebenfalls großen Absatz verspricht. Wenn sich genügend Händler einfinden, soll der Markt täglich stattfinden.

Kadaververwertung A.-G.

Neue Hilfsaktionen für Banken und Landwirtschaftsgenossenschaften — Was ist und was soll die Zii? — Die Reichsbank als Patefjel

Die große Bankenpanik, für die das Reich eine Milliarden Mark ausgegeben hat, ist noch nicht zu Ende. Es muß weiter geopfert werden und die Regierung ist entschlossen zu opfern, angeblich, weil man so die Wirtschaft ankurbeln glaubt. Aus Beratungen, die in den letzten Tagen in der Reichsbank stattgefunden haben, erfährt man Details über neue Hilfspläne für Banken und landwirtschaftliche Genossenschaften.

Bei den Banken handelt es sich um eine Hilfsaktion in rein privatwirtschaftlichen Formen. Eine Anzahl von Banken, hauptsächlich natürlich die Großbanken, sollen in Gemeinschaft mit drei großen öffentlichen Banken, Goldbistontbank, Akzeptbank und Bank für Industrieobligationen, eine Art Kadaververwertungsgesellschaft (man nennt sie Zii) gründen. Die beteiligten Banken werden berechtigt sein, an diese Gesellschaft Debitoren und Aktien von Industrieunternehmen abzugeben; zwar soll es sich dabei nur um „bereits sanierte“ Industrieunternehmen handeln, deren Schulden bezug. Aktien aber doch noch eingefroren sind.

Die organisatorischen Einzelheiten der Neugründung stehen noch nicht ganz fest. Man spricht von zwei beratenden Aufsichtsratsorganisationen, die als Industrieaufsichtsrats A.G. (Zii) bzw. als Amortisationskasse firmieren sollen. Das Aktienkapital wird zunächst mit 30 bis 50 Millionen geplant, wovon aber nur ein Viertel einzuzahlen ist. Die Aufnahmeberechtigung für Debitoren und Aktien soll auf das fünffache des nominellen Aktienkapitals, also zunächst auf 150 bis 250 Millionen begrenzt werden. Natürlich kann eine solche Konstruktion unter

den heutigen Kreditverhältnissen nur lebensfähig sein, wenn sie sich auf die volle Kreditbereitschaft der Reichsbank stützen kann. Das bedeutet also, daß die Reichsbank den Kreditbanken mit einer neuerlichen Liquiditätshilfe beibringt, in der gleichen Art, wie sie es gegenüber Großbanken und Sparkassen im vorigen Jahre (damals auf dem Wege über die Akzeptbank) getan hat.

Bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften soll es sich um eine Liquiditätshilfe in der verhältnismäßig ungeheuren Höhe von 100 Millionen handeln. Sie soll über die Preußenkasse geleistet werden, wobei das Reich die Gelegenheit benutzen will, um endlich seinen alten Plan der Unterstellung dieses bisher fortgeschritten geführten Zentralgenossenschaftsinstituts unter seinen Einfluß zu verwirklichen. Woher aber letzten Endes das Geld kommen soll, ob von der Reichsbank oder vom Reich, ist noch nicht bekannt. Die Wahrscheinlichkeit spricht auch hier für die Reichsbank.

Auf die Reichsbank wird also Last auf Last gepackt. Wieviel kann der Patefjel noch tragen? Andererseits zeigt sich, daß die ungeheuren Stützungsaktionen, die seit dem Juli vorigen Jahres für die deutschen Kreditinstitute unternommen wurden, noch immer nicht ausreichten, um ihre Liquidität wieder herzustellen. Gewiß trägt daran die fortwährende Lähmung des ganzen Kreditmechanismus einen großen Teil der Schuld. Aber der Schuldanteil des fränkischen Reichstums, mit dem die privatkapitalistischen Großbanken gewirtschaftet haben, zeigt sich doch in immer grellerem Licht.

Aus aller Welt

Revolte im Erziehungsheim

W.B. Vimburg, 19. Sept. Im Erziehungsheim „Schloß Dehrn“ brach am Sonntagabend infolge politischer Verberung eine Revolte aus. Die Böhminen, zertrümmerten Fenster, Türen und Einrichtungsgegenstände und verhielten sich wild. Feuerwehr und Landjägerei stellten die Ordnung wieder her. Zahlreichen Zöglingen ist die Flucht gelungen. Fünf Räubersführer wurden verhaftet. Der Schaden soll etwa 3000 Reichsmark betragen. Im vorigen Jahre wurde das Heim schon einmal durch Brandstiftung zweier Zöglinge schwer geschädigt.

Sechs neue Fälle spinaler Kinderlähmung in Breslau. Breslau, 19. Sept. Im Laufe der vergangenen Woche sind bei der Behörde sechs neue Fälle von spinaler Kinderlähmung zur Anzeige gebracht worden. Eine Frau im Alter von 23 Jahren ist der Krankheit erlegen.

Selma Lagerlöf Ehren doktor der Universität Kiel. Kiel, 19. Sept. Die Universität Kiel hat der schwedischen Dichterin Selma Lagerlöf den theologischen Ehrendoktor verliehen.

Udet gesticht

Berlin, 19. Sept. Nach einer Meldung der B. 3. a. M. aus Godhavn ist der Flieger Udet heute, nachdem er vier Tage lang verschollen war, im Lager Dr. Funks gesticht worden. Ein seit mehreren Tagen wütender Sturm verhinderte jedoch die Landung in der Nähe des Expeditionslagers. Udet habe mit seinem Flugzeug in geringer Höhe über dem Lager mehrere Schichten gezogen und durch Wintern von seinem Wohlergehen Kenntnis gegeben. Er sei dann weitergezogen, um in erheblicher Entfernung vom Lager einen von ihm schon häufig besuchten Landplatz aufzusuchen.

Ein Zeuge für Daubmann meldet sich

W.B. Lübeck, 20. Sept. Der Fall Daubmann hat eine neue Wendung bekommen. In Lübeck hat sich ein ehemaliger Kriegsgesangeener gemeldet, der während seiner Gefangenschaft in Westpreußen im Oktober 1914 in Gefangenschaft geraten und wurde in Kriegsgefangenen kenneilern, der dem Regiment 111 angeschlossen und, wie er sich bestimmt erinnert, Daub oder Daubmann hieß. Dieser Daubmann habe sich damals krank gemeldet, weil er durch die körperlichen Strapazen der Gefangenschaft und die seelischen Leiden der französischen Behandlung vollkommen zusammengebrochen sei. Die Franzosen hätten Daubmann aber als einen Simulanten bezeichnet und ihn fortgeschickt. Der Zeuge habe nicht gewagt, sich nach dem Schicksal Daubmanns zu erkundigen, weil er für seine Nachfrage bestraft zu werden fürchtete.

Ein Württemberger in der Schweiz tödlich abgestürzt

Chur (Schweiz), 19. Sept. Am sogenannten Obelisten Selgagat unweit des Runkelstapes ist am Sonntag nachmittags der 20 Jahre alte Karl Bruno Müllach aus Hemislofen in Württemberg tödlich abgestürzt. Eine Rettungsstolonne brachte den in Chur Wohnhaften zu Tal. Er wird in Chur beigesetzt werden.

Grubenunfall in Oberstlefen

Königsbütte, 19. Sept. Auf dem Krainigshütten der Scharboform-Gesellschaft bei Königsbütte ereignete sich heute ein Grubenunfall. Folge einer Erdschütterung stürzte in der dritten Sohle des Schachtes die Kohlenwand ein und bezug die beiden

Süer Josef Kubisa und Paul Wiczorek unter sich. Es gelang zwar der Rettungsstolonne, die beiden Beschrückten nach kurzer Zeit zu bergen, jedoch war Kubisa bereits verstorben. Wiczorek wurde in schwer verletztem Zustand ins Krankenhaus transportiert.

Revision im Prozeß Meyer

W.B. Baderborn, 19. Sept. Gegen die Verurteilung von Kurt Meyer wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus hat die Staatsanwaltschaft beim Reichsgericht Revision eingelegt. Der Staatsanwalt hatte bekanntlich Todesstrafe beantragt.

Dürkheimer Wurstmarkt

W.B. Bad Dürkheim, 19. Sept. Den Nachwurstmarkt, der nach herrlichem Herbstwetter begleitet war, besuchten nochmals Tausende von Fremden. Schon am Samstag strömten die Massen aus die Weiden und verbrachten die Stunden in froher Stimmung. Der Besuch steigerte sich zum Sonntag sehr beträchtlich und brachte den Hallen und Schutzhäusern einen lebhaften Betrieb. Schätzungsweise weilten Samstag und Sonntag 60 000 auf dem Wurstmarkt, so daß die diesjährige Besucherzahl des Wurstmarktes 150 000 bis 160 000 betragen dürfte.

Der Konjunktur-Lump

Ein heiliges Gelagewächs, Jahrgang 1932.

Vor'm Krieg war er Tirpitz-Mann
Und wollte freudig Frankreich schlagen.
Er sog den Untertan sich an
Und trug viel Blech auf Brust und Magen —
So kaiserlich war keiner wohl,
Am Stammtisch war er Sossireffer,
Er roch nach deutschem Alkohol
Und sein Geschäft ging täglich besser —
Stets mit dem Strom — und alles nur —
Mensch! Konjunktur!

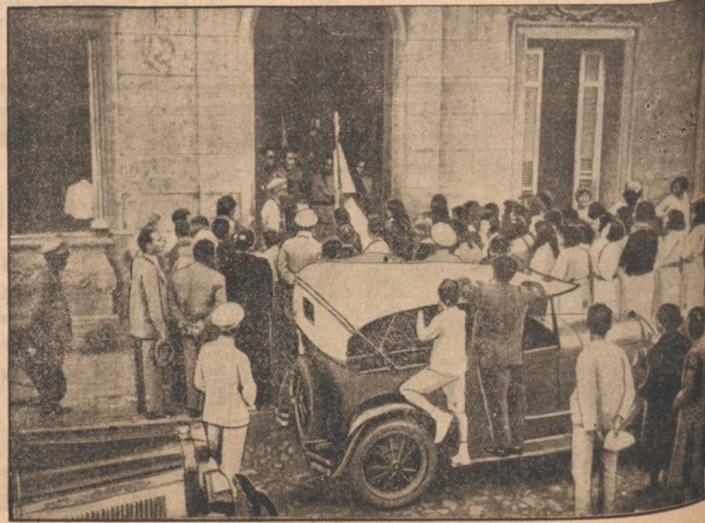
Zusammenbruch — Er machte febril
Und wurde schrecklich radikal,
Rebellisch hat er sich entleert —
Zeit drauf und dran! Verdammt noch mal!
Der Freiheit Märtyrer — er war dabei,
Und setzte sich ins warme Nest —
Er dränzte sich in die Partei,
Ihm war sie ein Familienfest! —
Stets mit dem Strom — und alles nur —
Mensch! Konjunktur!

Falschismus droht! Der Feind regiert,
Der Brave stellt sich wieder um,
Da, wie er mit der Zeit marschiert,
Er weiß Bescheid! Er ist nicht dumm!
Jetzt mimt er wieder marxistisch
Den nationalen Edelmann,
Der Sozialismus ist ein Dreck,
Ja, auf die Knie kommt es an!
Stets mit dem Strom — und alles nur —
Mensch! Konjunktur!

Paraguays Amazonen wollen in den Krieg gegen Bolivien ziehen

Paraguaysche Frauen umlagern das Rekrutenamt in Muncion, wo sie in das Heer aufgenommen zu werden verlangen.

Biele hundert Frauen haben sich in Paraguay zur Aufstellung eines Amazonenkorps gemeldet und den furchtbaren Eid geschworen, keinen Lippen- und Schminkestift mehr gebrauchen zu wollen, bevor das Gran Chaco-Gebiet den Bolivianern nicht entrissen sei.



Gewerkschaftliches

Kampfanlage der Berliner Metallarbeiter

Die Berliner Metallarbeiter haben den auch ihnen von der Rentenversicherung mit der Notverordnung hingeworfenen Forderungsbüchlein aufgenommen. Auf einer Funktionärerversammlung...

Die Kommunisten, betonte Reich, könnten jetzt zeigen, ob sie gewillt seien, an der Seite der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter den Kampf gegen die Mächte des Herrschafts aufzunehmen.

Partei-Nachrichten

Landesausschuß für Arbeiterwohlfahrt Baden

Am Samstag, den 24., und Sonntag, den 25. September 1932, nachmittags 5 Uhr, findet in Offenburg, im oberen Saale des Totalspitals eine Arbeitstagung des Landesauschusses für Arbeiterwohlfahrt Baden statt.

Tagungen

Bundestag der Bundes Südwestdeutscher Musikvereine Offenburg. Der Bund Südwestdeutscher Musikvereine hielt am Samstag und Sonntag hier seinen 7. Bundestag ab.

Der Deutsche Freidenkerbund e. V. hielt in Essen, der Stadt, in der lochen der deutsche Katholikentag stattgefunden hatte, am 11. September einen Rheinisch-Westfälischen Kulturtag ab.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 17. September: Kaufmann Salomon Krüger, 78 Jahre alt, Chemann. Beerdigung am 18. September.

Gemeindepolitik

Hilfskreis aus einer Arbeitergemeinde

Die Gemeinde Ammendorf im Saalekreis bei Halle ist finanziell völlig zusammengebrochen. Der stellvertretende Gemeindevorsteher hat an das preussische Innenministerium folgendes Telegramm geschickt:

„Gemeindevorsteher an nerwöser Erziehung erkrankt, Gemeindefinanzien zusammengebrochen. Wohlfahrtsunterstützungen heute rückständig, Lehrerschulden nur durch Einbehaltung der Staatssteuern seit August desabli, Krankenhauskosten zum Teil seit vorigem Jahr nicht bezahlt, bisherige Rückstände 225 000 RM.“

Die Gemeinde Ammendorf gehört zum Saalekreis, von dem bereits gemeldet werden mußte, daß er infolge des Verfalls der Staats- und Reichssteuern vielen tausend Menschen keine Unterstützungsgelder mehr zahlen konnte.

Bürgermeisterwahl in Unterharmersbach

Bei der am Sonntag stattgefundenen Bürgermeisterwahl erzielten Zimmermeister Fehrenbacher 472, Steinmüller Karl Gieringer 174, Fabrikarbeiter Otto Benz 119, Vorstandsreder Sig. Bortz 32 und Fabrikarbeiter Erble 13 Stimmen.

Karlsruher Umgebung

Gemeinderatsbericht vom 16. September

Die abgewiesene Klage des Fürsorgeempfängers Sch. auf Rückerstattung der Unterhaltungskosten für Frau B. lag zur Entscheidung vor. Ein Baugesuch (Einfamilienhaus) im Rechtschulden wurde zur Genehmigung der Baukommission überwiesen.

Marktberichte

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 19. September 1932. Zufuhren: 35 Ochsen, Preise: 30-34, 28-30, 27-29, 25-27, 23-25, 22-23, 57 Bullen, 28-26, 22-23, 21-22, 18-21, 18 Röhre, 29 bis 24, 160 Färsen, 30-36, 22-25, Insgesamt 279 Stück Großvieh.

Theater und Musik

Volksbühne

September-Vorstellung: „Schneider Wibbel“, Komödie in 5 Bildern von Hans Müller-Schiffer.

Mit einer Komödie trat die Volksbühne zu Beginn der neuen Theaterperiode vor ihre Mitglieder. In Anbetracht der schönen und noch so warmen Nachmittage ist die rechte Kost.

Wochenprogramm der S A J

Dienstag: Gruppe Nr. 11: Gruppenabend im Querschnitt. Gruppe Ruppert: Am Samstagabend im Querschnitt. Mittwoch: S.A.J.-Fest: Gruppenabend im Rest.

Wochenprogramm der Kinderfreunde

Obst und Nahrung: Mittwoch 1/2 Uhr am Durlacher Tor. Samstag: Mittwoch 1/2 Uhr an der Ostendstraße.

Wochenprogramm der S A J

Dienstag: Gruppe Nr. 11: Gruppenabend im Querschnitt. Gruppe Ruppert: Am Samstagabend im Querschnitt. Mittwoch: S.A.J.-Fest: Gruppenabend im Rest.

Wochenprogramm der Kinderfreunde

Obst und Nahrung: Mittwoch 1/2 Uhr am Durlacher Tor. Samstag: Mittwoch 1/2 Uhr an der Ostendstraße.

Wochenprogramm der S A J

Dienstag: Gruppe Nr. 11: Gruppenabend im Querschnitt. Gruppe Ruppert: Am Samstagabend im Querschnitt. Mittwoch: S.A.J.-Fest: Gruppenabend im Rest.

Wochenprogramm der Kinderfreunde

Obst und Nahrung: Mittwoch 1/2 Uhr am Durlacher Tor. Samstag: Mittwoch 1/2 Uhr an der Ostendstraße.

Aus der Stadt Durlach

Der rote Faden spielt

Wenn ist diese Spieltruppe der Sozialistischen Jugend nicht fann? Nach der regen Tätigkeit während der letzten Woche...

Aus der Stadt Durlach

Der rote Faden spielt

Heute hat der Vorverkauf begonnen. Alle Funktionäre der Partei und der Gewerkschaften haben Karten zum Verkauf.

Aus der Stadt Durlach

Der rote Faden spielt

Die Aufstellung des roten Fadens ist unterhalten und wird durchgehend...

Aus der Stadt Durlach

Der rote Faden spielt

Das Herbeiwenden an der diesmaligen Aufführung war...

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

Dienstag, 20. September
1570 Italiänische Truppen besetzen das Vatikangebiet. Aufhebung des Kirchenbannes. — 1898 Dichter Theodor Fontane. — 1906 Schriftsteller Hans Krosigk. — 1922 Parteitag USF in Genä. (Eintauschbeschluss mit SPD.) — 1924 Reichstagswahl in Preußen.

Leider

Endlich, nach langem, vergeblichem Suchen, eine Gelegenheit, eine Chance in Händen, wieder Arbeit zu finden. Die Adresse in der Tasche, strebt man auf schnellstem Wege seinem Ziele zu. Es ist mehr ein Laufen als Gehen durch die gepflasterten und asphaltierten Straßen der Stadt. Die Beine mühen sich, um ans Ziel zu gelangen. Jahrgeld hat man teils. Und so eilt man zwischen Fahrrädern, Kraftwagen, Straßenbahnen und Straßenlärm seinen Weg. Alles gleitet achlos vorüber.

Rur das Hirn arbeitet. Bilder tauchen auf. Ein wenig Zukunft blinzelnd hindurch. Arbeit haben, und wie vieles wird anders, aber erst Arbeit haben. — Die Gedankenbilder kommen rasend schnell. Ein Gedanke erschlägt den anderen, kaum daß er entstanden. Ein Bild vermischt das andere, kaum hat man es gesehen. Hoffnung wird nach, daneben lauert aber schon die Enttäuschung. Doch bleibt immer ein winziger Tropfen Hoffnung.

Und dann die Straße, die Nummer, das Haus. Man steht davor. Eine Klingel schrillt, noch bleibt Hoffnung. Schritte, lautlos wird die Tür geöffnet, man tritt ein, mit einem flüchtigen Hoffnung. Sagt, weshalb man kommt, hat kaum ausgesprochen, und alles war am Ende, erschlagen.

Ein Wort sprach jener andere, ein Wort klar und deutlich; was an Wörtern folgte, klang vorbei, klang ohne Ziel in den Raum. Der andere begann seinen Satz mit dem Worte, „Leider.“ Das war genug, mehr brauchte er gar nicht zu sagen. Es war genug, dieses eine Wort sagt alles.

Der Weg zurück, langsam, schleppend, abgekämpft, aller Hoffnungen beraubt. Zum wendigen Male? Wie oft hört man „leider“? — Die Hoffnungsschimmer werden immer matter, man wird immer müder, gleichgültiger. Leider. Eine Chance, eine bunt schimmernde Seifenblase — ein Nichts.

Kommunalpolitik des Tagblatt

Das Karlsruher Tagblatt macht in seiner Sonntagsnummer einige Bemerkungen über den diesjährigen Voranschlag. Wir würden davon keine Notiz nehmen, wenn nicht folgende Auslassung über die Straßenbahnbetriebe der Stadtverordneten in dem Artikel enthalten wären:

„Eine der Maßnahmen des Stadtkommissionars war die Entscheidung des Verkehrsvereins der Straßenbahn für die Stadterordneten, eine durchaus begründete Maßnahme, wenn man bedenkt, daß wir im letzten Jahre drei (!) Sitzungen des Bürgerausschusses hatten.“

Mit dieser Bemerkung will das Karlsruher Tagblatt offenbar sagen, daß die ganze Arbeit der Stadterordneten im letzten Jahre im Beschuß von drei Bürgerausschüssen erschöpft gewesen sei und deshalb die Stadterordneten auch keine Freifahrtkarte für die Straßenbahn verdienen. Das Karlsruher Tagblatt beweist damit nur, daß es sich im Parlamentarischen Betrieb der Stadt Karlsruhe absolut nicht auskennt und nicht weiß, daß die Bürgerausschüsse nicht die einzige Arbeit der Stadterordneten ist. Die Tätigkeit der Stadterordneten, Stadträte usw. wickelt sich nicht nur im Bürgerausschuß und im Stadtrat ab, sondern weiterhin in Kommissionen, Ausschüssen, Beiräten usw., in denen auch Stadterordnete vertreten sind. Die Stadt Karlsruhe hat bereits ein halbes Duzend beratender Ausschüsse und Kommissionen. Die einen tagen wenig, die anderen dafür wieder mehr und in einigen, wie Bürgerausschuß, Einzelfürsorgeausschüsse, Kaufkommission, Vermaltungsrat der Sparkasse u. a., sind das ganze Jahr hindurch redt viele Beratungen.

Die größte Zahl der Stadterordneten war also im letzten Jahre schon etwas mehr in Tätigkeit als nur an den vom Tagblatt genannten drei Bürgerausschüssen. Und in diesem Jahre haben die jetzt besagte Kremlen auch nicht weniger getagt als früher. Allerdings sind diese Beratungen vertraulicher Natur, so daß die Öffentlichkeit von diesen stillen, aber recht wichtigen Tätigkeiten der Stadterordneten nichts erfährt. Ganz bedeutende Zeitverluste entstehen für die einzelnen Mitglieder solcher Ausschüsse bzw. Kommissionen. Sie haben deshalb nicht notwendig, sich vom Tagblatt ihre Arbeit im kleineren Umfang hinsetzen zu lassen als sie in Wirklichkeit ist. Ihre Teilnahme an solchen Sitzungen wird keine Entschädigung gewährt, weil das Amt der Stadterordneten als Ehrenamt gilt. Bei der Beurteilung, ob die Freifahrtkarte der Stadterordneten für die Straßenbahn berechtigt sind oder nicht, muß man objektiv die ganze Tätigkeit der Stadterordneten würdigen, man darf deshalb nicht die Zahl der Bürgerausschüsse als Maßstab zur Beurteilung ansetzen.

Hausfrau, Arzt und Obsteinmache

Vom Landesamt für hygienische Volksbelehrung in Preußen wird geschrieben:

Gebietlicher verlangt die heutige Zeit auch von der Hausfrau äußerste Sparsamkeit. Da gibt es jetzt gutes und billiges Obst in Kisten und Kisten, aber wohin damit? Es verdorbt doch so leicht! Was liegt näher, als zu versuchen, dieses Obst zu konservieren, d. h. „einzumachen“?

Recht so, liebe Hausfrau, aber das Einmachen will verstanden sein, sonst läuft man Gefahr, oft schwer erworbenes Geld zu verlieren oder womöglich seine Gesundheit zu schädigen. Darum, liebe Hausfrauen, laßt euch vom Arzt belehren und besatzen auch beim Obsteinmachen!

Die Verheerung aller Lebensmittel ist abhängig von ihrer chemischen Zusammensetzung einerseits und von ihrem Gehalt an Pilzen und Bakterien. Da die letzteren nur bei Gegenwart von Sauerstoff in einer gewissen Feuchtigkeit und bei bestimmter Wärme leben können, gibt es, sie durch Entziehung dieser Lebensbedingungen zu vernichten. Das geschieht beim Obsteinmachen im allgemeinen auf zweierlei Weise, einmal, wie beim „Einwecken“, dadurch, daß man durch Sieden die vorhandenen Bakterien abtötet und die so zubereiteten

Früchte unter Luft- und keimreicherem Verschluß hält. Hierbei ist neben einwandfreien Gefäßen vor allem Sauberkeit vonnöten. Nicht nur Gläser und Gummiringe müssen sauber sein, sondern auch die Hände der Hausfrau und alle Geräte, die sie etwa beim Einwecken sonst noch gebraucht. Weiterhin darf zum Einwecken nur frisches, sauberes und vorkeimendes Obst verwendet werden, damit Mißerfolge ausbleiben.

Das gleiche gilt für die zweite Art der Früchtelkonservierung, nämlich für das Einmachen mit Zucker oder Essig. Bei diesem Verfahren werden die Pilze und Bakterien, mit denen jedes Obst in wechselnder Menge behaftet ist, zwar nicht abgetötet, aber es werden dadurch ihre Lebens- und Wachstumsbedingungen doch in sehr hohem Grade verschlechtert. Dabei darf man allerdings nicht zu sparsam sein und etwa eine zu dünne Zucker- oder Essiglösung verwenden. Im allgemeinen soll man eine Lösung herstellen, in der je 10 Gramm Zucker oder je 4 Teile Essig auf je 100 Teile Wasser kommen. Um den Luftverschluß, der durch die verschiedenen Verschlüsse erfolgen kann, noch weiter zu sichern, muß so viel Zucker oder Essiglösung genommen werden, daß diese ein wenig über dem eingemachten steht. Ein Zusatz von Desinfektionsmitteln, wie etwa von Salicylsäure oder Benzalkohol, ist in gesundheitlicher Beziehung nicht so harmlos und bei sorgfältigem Einweichen auch entbehrlich.

Wenn trotz alledem der Inhalt eines Weck-Glases oder eines Gefäßes mit eingemachten Früchten schlecht geworden, gegoren hat, oder mit Schimmelpilzen bedeckt ist, dann schütte man lieber im Interesse der Gesundheit das Ganze fort, als daß man versucht, durch irgendwelche Kunstgriffe Verderbten retten zu wollen.

Modelchau bei Geschwister Knopf

Mit dem Beginn des Herbstes fangen auch wieder die „Sorgen“ auf dem Gebiete der Mode an. Die große Frage ist: „Was wird man in der kommenden Saison tragen?“ Frau Mode treibt bekanntlich unabhängig von allem im wechselläufigen Spiel. Sie allein läßt sich von der Kritikerin nicht einschüchtern. So fanden sich auch gestern eine Menge weiblicher Interessenten bei der großen Modelchau der Fa. Geschwister Knopf ein.

In diesem Herbst bietet die Mode etwas Besonderes. Ihr hervorstechendes Merkmal ist: noch fraulicher und schmücker als bisher. Linie, Material, vor allem aber die Verarbeitung des Materials machen die Mode des Herbstes und Winters aus. Die Röcke sind vorwiegend etwas kürzer wie nachmittags, länger aber wie in der vorangehenden Saison. Der Auschnitt besteht hauptsächlich in schiefen Knopfgarnituren. Das Nachmittagskleid, vor allem aber das Abendkleid hat eine mittelalterliche Note: schwerfällige Stoffe, Aufwands, Mühe und Kost werden wieder mehr denn je getragen. Im Vormittag aus Wolle, Seide und Pelz, wenn aber für den Abend, dann aus feiner Seide. Der Mantel ist schlief, teils mit Gürtel, teils ohne Gürtel. Große Rollen sind für den Abend. Traditionsgemäß wurde die Modelchau mit der Vorführung von Dramas, Komödien, Moränen etc. einigermäßen in der Vorwiegend. Material: Sammerstoff, Vorkord und Alpaka. Reisende Tees, Abends- und Theaterkleider zogen vorüber. Material wieder Hammerstoff, Crepon, Crepe roman, Mamanga. Modelfarben sind: elefantengrau, tinteblau, marineblau, schwarz und kastanienbraun. Vor allem aber war lila als Modelfarbe dieser Saison zu verzeichnen. Interessant das neue Kleidenkleid, am Nachmittags- und Abend- zu tragen. (Nur der Preis war nicht der Kräfte annehmlich.) Nun folsten Trainings-, Sport- und Skianzüge. Mäntel, Regenmäntel, Kosteime, Wüchsigkeiten (noch kürzer wie in der letzten Saison) wechselten mit einander ab. Den Abschluß bildeten Pelzjackets und Mäntel. Außerdem brachte die Modelchau das Neueste in Hüten. In der Form klein und mittelgroß und dessen sich in Bezug auf die Farben den oben genannten Stoffarten an. Besonders ist zu merken, daß in der Mode bevorzugt und am weitesten verbreitet, sie werden schief getragen zum Teil mit kleinen Gefächerschleier. Das Neueste in Schuhen, Handschuhen, Handtaschen und sonstigen modischen Zubehör wurde in das Programm mit eingeschlossen.

Alles in allem: Besuch und Darbietungen waren sehr gut. Nur noch das nötige „Kleinaelb“ und der Kauf kann beginnen. T.H.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Gestern nachmittag wurde ein Polizeibeamter beim Ueberfahren der Kaiserstraße von einem Personentraktorwagen angefahren und zu Boden geworfen. Nachdem ihm in einer nachfolgenden Apotheke ein Notverband angelegt worden war, wurde er nach seiner Wohnung gebracht. Die Verletzungen sind nicht schwerer Natur. In der Kaiserstraße bei der Radbrücke wurde gestern früh eine 63jährige Frau von einem auf der falschen Straßenseite fahrenden Motorradfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Die Frau erlitt verschiedene stark blutende Wunden und mußte in ärztliche Behandlung gebracht werden.

Beim Werksplatz in Durlach wurde gestern abend ein 66jähriger Mann, der im Begriff war, in einen Straßenbahnwagen einzusteigen, von einem Personentraktorwagen angefahren. Welche Art dieser Stelle vorüberfahren, angefahren und zu Boden geschleudert. Der Mann erlitt einen Rinnenschuss und mußte ebenfalls in ärztliche Behandlung gebracht werden.

Noch gut abgelaufen

Gestern nachmittag fuhr ein Schneider aus Durlach in betrunkenem Zustande die etwa 15 Meter hohe Böschung bei der Eisenbahnbrücke westlich von Durlach hinunter und blieb in dem mit Wasser angefüllten Graben hilflos liegen. Ein Polizeibeamter schaffte den Mann heraus und bewahrte ihn dadurch vor dem Ertrinken.

(1) **Promenadenkonzert.** Die Badische Polizeikapelle veranstaltet heute Dienstag, den 20. September d. J., nachmittags von 5 bis 6 Uhr auf dem Schloßplatz ein Promenadenkonzert unter der Leitung von Obermusikmeister Heiß.

(2) **Offiziers-Quartett im Rundfunk.** Am Mittwoch, 21. Sept., vormittags 10.20 Uhr, spielt das Offiziers-Quartett mit der hier herkommenden Pianistin Frau Mathilde Frey-Roth das Quintett von Dvorak Op. 81. Allen Rundfunkhörern sei dies Werk, welches die berühmte „Dunja“ enthält, bestens empfohlen.

(3) **65. Geburtstag.** Am heutigen 20. September kann Herr Berthold Krieg, Schlicher im Eisenbahn-Ausbesserungswerk, sein 65. Weichenfest feiern. Körperliche und geistige Kräftigkeit erfreuen das „Geburtsstagskind“. Möge Herr Krieg noch viele Jahre besser Gesundheit verbringen.

(4) **Volksfest im Hochschulstadion.** Auf Veranlassung des Karlsruher Volkstanzkreises fand am gestrigen Sonntag im Hochschulstadion ein großes Volkstanzfest statt, zu dem die Volkstanzkreise aus Heidelbergl, Mannheim, Ludwigslburg, Plön, Posen und Karlsruhe erschienen waren. Ein farbenfrohes Bild war das auf dem grünen Rasen des Stadions, als unter den Klängen der Volkstanzmusik sämtliche Teilnehmer sich bei einer Solonade dem zahlreichen erschienenen Publikum vorstellten. Die Mädel mit kurzem Mieder, weichen bunten Röcken, langen, Zipfen, um das Haar einen Reif schlingenden, die Bur-

schken in kurzen Hosen, enganliegenden Westen, zeigten Tänze aus vergangener Zeit. Aus Großvaters Tagen tanzte man wieder Ländlerchen, Polkas, Kontra, Uebertritt und andere schöne Dinge, die auch heute noch schön aussehen. Die Tänze, die zum Teil norddeutschen Ursprungs waren, nahmen es mit manchen unserer modernen auf. Es ist gewiß auch anerkannt, wenn die Jugendbewegung diese beinahe vergessenen Dinge wieder ans Tageslicht brachte und mit Absicht etwas schuf, was dem Volkstanz gleichgelegt werden soll. Ob diese Art der Pflege die richtige ist, darüber kann man sehr geteilter Meinung sein. Fast scheint es, daß die Zeit an dieser Jugend spürlos vorüber ging. Für sie wurde der Volkstanz Selbstzweck und außer dem berührt sie nichts. Das ist die große Gefahr, daß diese Jungen und Mädels sich in Kreisen zusammenfinden, dort konsequent sich um nichts kümmern als um den einen Zweck, nämlich nur zur Pflege des Volkstanzes, das erzeugt eine Weltfremde, die gefährlich ist. Und es wundert uns nicht, daß die Teilnehmer vor allem aus den Reihen der bürgerlichen Jugendbewegung kommen, die wohl vor langer Zeit einmal revolvierten, nun aber den Dingen ihren Lauf lassen. Gewiß, Volkstanz und Volkstanz-feste können sehr schön sein, aber man darf neben diesem einen nicht alles andere, was das Rad der Zeit bewegt, vergessen.

Bulach

Gründungsfeier des freien Schützenvereins Bulach-Beierheim

Der freie Schützenverein Bulach-Beierheim, welcher am 30. Juni d. J. gegründet wurde, hielt am vergangenen Sonntag, 18. September, auf dem Schießstand Rippurr seine Gründungsfeier verbunden mit Freundschaftsschießen ab. Schon am frühen Vormittag herrschte auf dem Stand ein reges Leben und Treiben. Immer mehr Brudervereine, sowie Gäste und Freunde des Schießens stellten sich ein, unter denen Rippurr besonders stark vertreten war. Das Mannschaftsschießen, welches kurz nach 9 Uhr begann, nahm den ganzen Vormittag in Anspruch. Bar uns am Nachmittag der Wettersturm auch nicht ganz hold, so konnten wir uns trotzdem einer starken Teilnehmerzahl erfreuen. So durfte am Abend, der junge, aber tüchtige Verein, dessen Mitgliederzahl in der kurzen Spanne Zeit seiner Gründung auf nahezu 40 emporstieg, mit Freude und Genugtuung feststellen, daß sein Internehmen voll und ganz gelungen ist. Den Genossen aus Rippurr, die dem Verein auf seine ihre freundschaftlichen Beziehungen beistanden, indem sie ihre familiären Lokalitäten zur Verfügung stellten, lassen wir an dieser Stelle unseren herzlichsten Dank und ebensoviele der Hoffnung Ausdruck, daß sich das Freundschaftsband, welches sich zwischen den beiden Vereinen umschlungen hat, auch fernerhin umschlingen bleibt. In diesem Sinne: „Frei Ziel!“

Die Ergebnisse des Mannschaftsschießens sind folgende:
A-Klasse: Knielingen 808 Ringe, Rippurr 714, Karlsruhe 700.
B-Klasse: Bulach-Beierheim 723, Rippurr 718, Knielingen 666.
C I-Klasse: Karlsruhe-Darlanden 686, Wörth 677, Karlsruhe 694, Bulach-Beierheim 475, Gröbningen 436.
C II-Klasse: Karlsruhe-Darlanden 588.

Die besten Schützen des Tages waren: A-Kl.: Pletter Knielingen 173, B-Kl.: Joller, Stephan, Bulach 168, C-Kl.: Kihm, Osler, Wörth 156 Ringe.

Veranstaltungen

Vortrag Gabor. Es ist der Konzertdirektion Fritz Müller gelungen, die bekannte Weltfliegerin Maria von Eydorf für einen Lichtbildvortrag am Samstag, den 21. September, abends 8 Uhr, im Eintrittspunkt zu gewinnen. Am freien Vortrag wurde die junge Fliegerin persönlich über ihre Ergebnisse im fernem Osten sprechen und Schiebber zeigen, die sie nach ihren eigenen Aufnahmen anfertigen ließ, darunter auch das Photo ihres Absturzes in Sonatof. Das Publikum wird erfahren, wie sie von Berlin nach Tokio flog durch die Mandchurie, die heute im Brennpunkte des Interesses von Westeuropa steht, in Tokio mit einer Bevölkerung ohne gleichen von den Wästen empfangen wurde, zu Schiff nach Schanahai fuhr und in Sonatof wieder landete, um über bisher unbeflegenes Gebiet nach Amphodina zu gelangen. Nach einer Höhe von 3000 Meter erliegte sie in Sonatof ihr Schicksal durch einen gefährlichen Absturz, als sie bereits zum Start nach Europa aufgestiegen war, von dem sie sich jedoch nach längerer Krankheit wieder ganz erholen konnte, so daß sie bereits seit längerer Zeit ihre Lieblingsflüge wieder aufnehmen und damit rechnen, ab Mitte Oktober ihre weiteren Flugpläne verwirklichen zu können. Diese interessanten und in Sonatof wiederholen, um über bisher unbeflegenes Gebiet nach Amphodina zu gelangen. Nach einer Höhe von 3000 Meter erliegte sie in Sonatof ihr Schicksal durch einen gefährlichen Absturz, als sie bereits zum Start nach Europa aufgestiegen war, von dem sie sich jedoch nach längerer Krankheit wieder ganz erholen konnte, so daß sie bereits seit längerer Zeit ihre Lieblingsflüge wieder aufnehmen und damit rechnen, ab Mitte Oktober ihre weiteren Flugpläne verwirklichen zu können. Diese interessanten und in Sonatof wiederholen, um über bisher unbeflegenes Gebiet nach Amphodina zu gelangen. Nach einer Höhe von 3000 Meter erliegte sie in Sonatof ihr Schicksal durch einen gefährlichen Absturz, als sie bereits zum Start nach Europa aufgestiegen war, von dem sie sich jedoch nach längerer Krankheit wieder ganz erholen konnte, so daß sie bereits seit längerer Zeit ihre Lieblingsflüge wieder aufnehmen und damit rechnen, ab Mitte Oktober ihre weiteren Flugpläne verwirklichen zu können. Diese interessanten und in Sonatof wiederholen, um über bisher unbeflegenes Gebiet nach Amphodina zu gelangen. Nach einer Höhe von 3000 Meter erliegte sie in Sonatof ihr Schicksal durch einen gefährlichen Absturz, als sie bereits zum Start nach Europa aufgestiegen war, von dem sie sich jedoch nach längerer Krankheit wieder ganz erholen konnte, so daß sie bereits seit längerer Zeit ihre Lieblingsflüge wieder aufnehmen und damit rechnen, ab Mitte Oktober ihre weiteren Flugpläne verwirklichen zu können.

Dienstag, 20. September:

Badisches Landesbühnen: Schmelzer Mittel, 9 Uhr.
Badische Volksspiele: Die elf Schwachen Offiziere, 5 und 8.30 Uhr.
Giordani: Die Liebesskizze, Programm.
Kammer-Spiel: Feiern der Luft, Programm.
Weiblich-Spiel: Das Lied einer Nacht, Tanzendes Holz, Wochenschau.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die von Nordwesteuropa heranrückenden Kalbfmassen haben uns bereits Abkühlung gebracht. Sie bewirken gleichzeitig den Aufbruch eines Hochdruckkerns, der sich von England bis zu den Alpen erstreckt und uns wieder Besserung des Wetters bringen wird.

Wetterausblick für Mittwoch, 21. September 1932: Zeitweise aufheiternd, vorwiegend trocken und mäßig kühl.

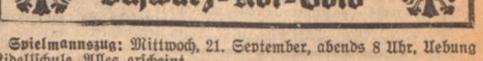
Wasserstand des Rheins

Basel 23, gef. 7; Raibsbühl 226; Rehl 228, gef. 4; Mainz 374, gef. 6; Mannheim 238, gef. 3; Caub 146, gef. 3 Stm.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

J. S.-Führer
Mittwoch, 21. September, 8 Uhr abends, Volkshaus

J. S. 6
Seite Dienstag abend 20 Uhr Übung. Alles hat zu erscheinen.



Spielmannszug: Mittwoch, 21. September, abends 8 Uhr, Übung
Ritterschule. Alles erscheint.

Dies ist 4 Zeilen
80 Pfg. die Zeile
Druckkostenmehrer sind unter dieser Rubrik in der Regel für Aufnahme, aber werden von
Kontostellenleiter bestmögk.

Karlsruhe
Freie Turnerschaft, Mittwoch abend 8 Uhr wichtige Turnereinstellung in der Gumbertshalle.
4662.

Großfeuer in Eutingen

Eine Scheuer mit Ernte, zwei Wohnhäuser brennen - Starke Gefährdung des Rathauses

Eutingen, 20. September.

Gestern früh wurde hier in der an der Haupt-, Ecke Bahnhofstraße gelegenen alten Scheuer des Landwirts Adolf Stark mit der Gemeindefeilmaschine gedroschen. Gerade als um 10 Uhr die Erntearbeiter beim Beiser saßen, bemerkten sie hinten in der Scheuer an den Erntevorräten Brandgeruch und Rauch. Noch ehe man genau wußte, was los war, prasselten plötzlich hohe Flammen auf, die gierig nach den Erntevorräten lechzten und bald hand die Scheuer in hellem Brand. Raufend griff das Feuer um sich und zündete auch das direkt neben der Scheuer stehende Wohnhaus des Landwirts Stark an. Nicht allein das, auch das Haus des Karl Keller wurde von den Flammen ergriffen und beide Dachstuhl-Handen mit der Scheuer in Flammen, als die Eutingen Wehr anrückte, der bald die Porzheimer Wehr folgte. Nur langsam und unter ständiger Gefahr konnte dem Feuer zu Leibe gerückt werden. Mit Mühe und Not wurde das Vieh gerettet; etliche Stallhäfen kamen jedoch in den Flammen um.

Durch die Hitze und den Westwind wurde das auf der gegenüberliegenden Ecke der Bahnhofstraße stehende Rathaus arg gefährdet. Schon zerprangen etliche Fensterscheiben und die Feuerwehrleute hatten Mühe und Not, das Liebergraben des Feuers auf das Rathaus und andere Gebäude zu verhüten. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite hatte sich schon der Blumenturm am Fenster eines Hauses entzündet.

Mit aller Kraft gingen die Wehren gegen das Feuer vor. Es war aber nicht zu verhüten, daß die in der Scheuer lagernden gesamten Erntevorräte ein Raub der Flammen wurden. Auch die Dreischmaschine der Gemeinde wurde total vernichtet. Eine Giebelwand stürzte tragend ein und brachte die Wehrleute in besondere Gefahr. In den beiden Wohnhäusern brannten die Dachstühle rein, die oberen Stockwerke vollständig aus.

Endlich gegen 12 Uhr war die größte Gefahr beseitigt und wurde das Feuer bald ganz gelöscht. Ein Glück, daß der Brand nicht zur Nachtzeit ausgebrochen ist; der Schaden wäre unübersehbar gewesen. Wie es heißt, sind die Brandursachen verifiziert.

Kein Wochenende ohne den Rheinexpress

Reich illustrierte, 2farbige Wochenendzeitung. Bestellung: Volksfreund.

Chefredakteur: Georg Schäfflin. Verantwortlich: Volker Freilicht. Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Kunstleben, Aus der Welt, Die Welt der Frau, Regie Nachrichten: S. Gräbner; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelloben, Gerichtszeitung, Karlsruhe Umgebungs, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Ausflüge: Josef Effeit. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche Wohnhaft in Karlsruhe.



Die Mode bevorzugt für einfarbige Straßenkleider weiche, reinwollene Stoffe wie Bouclé Afgaleine oder Krepptoffe aus Kunstseide mit Wolle wie Hammerschlag und Flamenga. Hammerschlag ist ein neuer, bevorzugter Modestoff. Neben schwarz, marineblau und braun sind Tinte und dunkelrot die Modefarben. Gemusterte Stoffe werden, weil sehr praktisch, viel getragen. Tweedstoffe in dunkler Musterung, Bouclé und Gitterstoffe in Streifen und Karos. Grobfädige, wollene Rockstreifen trägt man zur Bluse oder zum Pullover mit Plüsch- oder Fell-Jacken. Für Herbst- und Wintermäntel nimmt man dicke flauschige Stoffe gerippt oder mit rauher gekräuselter Oberseite, in schwarz, marineblau, braun, elefantengrau. In Seide und Kunstseide überwiegt in der Hauptsache einfarbig, Marocaine, Crêpe-Satins, Flamenga, Hammerschlag in verschiedenen Bindungen, auch klein gemusterte Druckstoffe, dann sehr viel Samt. Fröhliche bunte Streifen zu Blusen und Besätzen, Schals etc.

Leipheimer & Mende Alle diese Stoffe finden Sie bei uns zu sehr billigen Preisen.

Todes-Anzeige.

Unerwartet rasch wurde meine liebe Frau unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frieda Hepperle

geb. Becker
im Alter von 44 Jahren durch den Tod entrissen.
Karlsruhe (Gerwigstr. 29), 19. September 1932.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Emil Hepperle nebst Kind Irmgard.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, 21. September, nachmittags 1/2 3 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Gelbfleisch. Speisekartoffeln

zur Winterankellerung aus den besten badischen Kartoffelanstößen wie Eppinger, Breitenor und Lindheimer Gegend in bekannt guter Sortierung und Qualität liefert sofort und billig an Großverbraucher und Private frei Keller

Bad. landwirtschaftl. Zentralgenossenschaft
e. G. m. b. H., Karlsruhe
Büro Lauterbergstr. 3 / Lager Schlachthausstr. 11 / Tel. 8000-8007

Weber-Kohlenherde

auf Teilzahlung, Garantie für Back- und Brennen, zu verkaufen.

G. Dürr, Wilhelmstraße 63.

Tanzschule Kaiserstr. 148

Lautmann
Beginn eines neuen Kurses. Anmeldungen und Einzelunterricht von 9-20 Uhr.

Allgemeine Drückantenne

Karlsruhe.
Öffentliche Zahlungserinnerung.
(Mahnung.)

Die Arbeitgeber haben iakunasmgemäß die Beiträge für den abgelaufenen Monat für die Beitragspflichtigen stets in der Zeit vom 4. bis 15. des folgenden Monats am Kassenschalter einzusenden. Diejenigen Schuldner, welche mit der Zahlung für den abgelaufenen Monat im Verzug sind, werden hiermit aufgefordert, längstens innerhalb 8 Tagen Zahlung zu leisten, andernfalls ohne Weiteres die Zwangsverfügung durchzuführen werden müßte. Eine Abholung der Beiträge findet nicht mehr statt.

An diejenigen Arbeitgeber, welche die Beiträge auf Grund des besagten Lohnes innerhalb 3 Tagen nach jeder Lohnzahlung abzuführen haben und mit der Zahlung ebenfalls im Verzug sind, ergeht die gleiche Zahlungserinnerung.

Karlsruhe, den 20. September 1932.

Der Kassenvorstand.

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)

Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7 1/2 Uhr

A. Werthhammer

MALERMEISTER
Luisenstraße 37, Tel. 7367
Ausführung aller Maler-Arbeiten

Nachruf.

Durch den unerwarteten Heimgang unseres langjährigen Mitarbeiters,

Herrn Brauereidirektor Wilhelm Hilmer

sind wir in tiefe Trauer versetzt.

Der Entschlafene, der seit dem Jahre 1902 in unserer Gesellschaft tätig war, ist uns allezeit ein schätzenswerter Mitarbeiter gewesen. Mit großer Hingabe und vorbildlichem Pflichtgefühl hat er sich der Interessen unseres Hauses angenommen, so daß ihm bei uns für alle Zeiten ein treues Gedenken gesichert bleibt.

Karlsruhe-Grünwinkel, den 19. September 1932

Direktion der Sinner A.-G.

Nachruf.

Durch das unerwartete Hinscheiden unseres Brauereidirektors

Herrn Wilhelm Hilmer

haben wir einen schmerzlichen Verlust erlitten.

Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen außerordentlich tüchtigen, zuverlässigen und sympathischen Vorgesetzten, der allezeit unser ganzes Vertrauen genossen hat.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Karlsruhe-Grünwinkel, den 19. September 1932.

Die Angestellten und Arbeiter der Sinner A.-G.

Benützt die Sozialistische Leihbücherei

der Volksfreund-Buchhandlung!

Schöne Literatur / Politik / Sozialistische Wissenschaft / Jugendschriften

Ausleihe täglich von 10 bis 12 und von 14 bis 18 Uhr

Volksfreund-Buchhandlung
Karlsruhe (Baden) / Fernruf 7020/21 / Waldstraße 28

Gesellschaft

Internationale Revue für Sozialismus und Politik

GEORG DECKER: Zwei Diktaturen.
OTTO KIRCHHEIMER: Die Verfassungslehre des Preußenkonfliktes.
OTTOMÄNCHEN-HELFFEN: Die japanischen Arbeiter und die Kriegsgefahr.
NATALIE MOSZKOWAKA: Zur Verelendungstheorie.
ALFRED KLEINBERG: Bürgerliche und marxistische Kultursoziologie.
BORIS SKOMOROWSKY: Asew, der klassische Provokateur.

Preis jeden Heftes Mk. 1.75. Zu beziehen durch:

Volksfreund-Buchhandlung

Karlsruhe, i. B. Waldstr. 28 Fernruf 7020/21

Berufsergänzung.

Wittmoos, 21. Sept., 1/2 3 Uhr.
Röhrerstraße 18
Schulz, Gehestraße 18

Berufsergänzung.

Wittmoos, 21. Sept., 1/2 3 Uhr.
Röhrerstraße 18
Schulz, Gehestraße 18

Berufsergänzung.

Wittmoos, 21. Sept., 1/2 3 Uhr.
Röhrerstraße 18
Schulz, Gehestraße 18

Berufsergänzung.

Wittmoos, 21. Sept., 1/2 3 Uhr.
Röhrerstraße 18
Schulz, Gehestraße 18